

gewählt. Im Juni 1983 besuchte Li ein weiteres Mal die Bundesrepublik. Seit März 1984 ist Li Guohao Ehrenpräsident der Tongji-Universität und seit Dezember 1985 auch Ehrendirektor des Instituts zur Erforschung der Bundesrepublik Deutschland an der Tongji-Universität. Li ist darüber hinaus Mitglied der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und gehört an führender Stelle verschiedenen wissenschaftlichen Vereinigungen an. Professor Li Guohao hat bisher insgesamt 8 Monographien und 41 Aufsätze veröffentlicht (28).

#### Anmerkungen

- 1) Alle Zahlenangaben geben - wenn nicht anders im Text vermerkt - den Stand von Ende 1983 wieder.
- 2) Der Begriff "zhixiashi" wird in der Literatur häufig ungenau als "regierungsunmittelbare Stadt" übersetzt. Um den Sachverhalt genau zu treffen, müßte es "zentralregierungsunmittelbare Stadt" heißen. Da dieser Terminus jedoch sprachlich ungenau ist, erscheint der Ausdruck "provinzfreie Stadt" die beste Übersetzung.
- 3) Zum Verwaltungssystem der Volksrepublik China siehe Peter Schier, "Veränderungen im Verwaltungssystem der Volksrepublik China", in: **C.a.**, Juli 1984, S. 392-398.
- 4) **Shanghai Tongji Nianjian 1983** (Statistisches Jahrbuch von Shanghai für 1983), Shanghai 1984, S. 20.
- 5) **Zhongguo Baike Nianjian 1983** (Enzyklopädisches Jahrbuch Chinas von 1983), Beijing/Shanghai 1983, S. 80.
- 6) **Shanghai Tongji Nianjian 1983**, S. 20.
- 7) Uli Franz, **Peking-Shanghai**, Köln 1981, S. 42.
- 8) Siehe **C.a.**, Juni 1985, Ü 14.
- 9) **Shanghai Tongji Nianjian 1983**, S. 20.
- 10) Zu den Kleinstädten siehe u.a. **C.a.**, Dezember 1984, Ü 21.
- 11) **Zhongguo Tongji Nianjian 1984** (Statistisches Jahrbuch Chinas von 1984), Beijing 1984, S. 84.
- 12) **Shanghai Tongji Nianjian 1983**, S. 20.
- 13) P.Schier, op.cit., S. 396 und 397.
- 14) **RMRB**, 5.6.85.
- 15) **Shanghai Tongji Nianjian 1983**, S. 20.
- 16) Siehe **Wen Hui Bao**, 16.6.85, nach **SWB**, 18.6.85; **RMRB**, 22.6.85.
- 17) Artikel 96 der Verfassung vom 4. Dezember 1982, in: **C.a.**, Februar 1983, S. 138.
- 18) Zu weiteren Einzelheiten über Organisation, Aufgaben und Befugnisse der lokalen Volkskongresse und Volksregierungen siehe das Organisationsge-

setz der lokalen Volkskongresse und Volksregierungen in der abgeänderten Fassung vom 10.12.1982, in: **RMRB**, 16.12.1982; kommentierte deutsche Übersetzung in: **Chinas Recht**, hrsg. v. Frank Münzel, Hamburg, Januar 1984, S. 1-12.

- 19) Zur Neugliederung der Militärregionen und Provinzmilitärbezirke der Volksrepublik China im Juni 1985 siehe P.Schier, "Eine umfassende Reform der Chinesischen Volksbefreiungsarmee - Die Beschlüsse der erweiterten Sitzung der ZK-Militärkommission (23. Mai - 6. Juni 1985)", in: **C.a.**, Juni 1985, S. 379-380.
- 20) Zu weiteren Einzelheiten siehe das Wahlgesetz des Nationalen Volkskongresses und der lokalen Volkskongresse, in: **RMRB**, 16.12.1982.
- 21) In der westlichen Literatur wird der chinesische Begriff "jiedao banshichu" fast ausschließlich als "Straßenkomitee" übersetzt. Inhaltlich zutreffender wäre die Übersetzung "Straßenviertelamt".
- 22) Siehe P.Schier, "Veränderungen...", op.cit., S. 396.
- 23) Biographische Angaben nach Informationen von Wolfgang Bartke und **Liaowang**, 11.11.85, nach **SWB**, 9.12.85.
- 24) Biographische Angaben nach Informationen von Wolfgang Bartke und **XNA**, 29.7.85.
- 25) Biographische Angaben nach Informationen von Wolfgang Bartke und **IS**, März 1983, S. 82.
- 26) Biographische Angaben nach Informationen von Wolfgang Bartke.
- 27) Ebenda.
- 28) Ebenda und **CHINA im Bild**, Mai 1985, S. 24-25.

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

OSKAR WEGGEL

#### China im Jahr 2000 - Wirtschaftliche und soziale Perspektiven -

\*  
\*  
\*\*\*\*\*

#### Gliederung:

Vorspann

1.

Das Jahr 2000 im Scheinwerferlicht dreier prognostischer Entwürfe

2.

Erwartungen und Hoffnungen

2.1.

Die "Generallinie": allseitige Vierfachung

2.2.

Erwartungen auf wichtigen Einzelgebieten

2.2.1.

Die Bevölkerung i.J. 2000

2.2.2.

Der Lebensstandard i.J. 2000

2.2.2.1.

Meßblatten

2.2.2.2.

Ernährung

2.2.2.3.

Wohnung

2.2.2.4.

Kleidung

2.2.2.5.

Gesundheit

2.2.2.6.

Öffentliche Daseinsvorsorge

2.2.2.6.1.

Versorgung mit Elektrizität

2.2.2.6.2.

Wasserversorgung

2.2.2.6.3.

Transportleistungen

2.2.2.7.

Resümee

2.2.3.

Bildung und Wissenschaft

2.2.4.

Die Umwelt i.J. 2000

3.

Treibsätze und Bremsen

3.1.

Aktivposten auf dem Marsch in die Zukunft

3.2.

Probleme des "Gleichgewichts"

3.3.

Schwachstellen

3.3.1.

Energieengpaß?

3.3.2.

Transportengpaß?

3.3.3.

Das Rentensyndrom

4.

Die weitere Konsolidierung der vier Grundvoraussetzungen für Wachs-

tum und Modernisierung

- 4.1. Zentralisierung
  - 4.1.1. Betriebliche Dezentralisierung
    - 4.1.2. Regionale Dezentralisierung
      - 4.1.3. Folgeerscheinungen der Dezentralisierung
        - 4.1.3.1. Leistungsbedingte Gefällestufen
          - 4.1.3.2. Tauziehen zwischen "Unternehmertum" und Bürokratie: Welche Aufgaben verbleiben der Bürokratie im neuen Wirtschaftsprozeß?
- 4.2. Diversifizierung
  - 4.2.1. Sektorale Diversifizierung
    - 4.2.2. Betriebliche Diversifizierung
      - 4.2.3. Organisatorische Diversifizierung
- 4.3. Zunehmende "Waren"-Bildung
  - 4.3.1. Boden als Ware?
  - 4.3.2. Kapital als Ware
    - 4.3.2.1. Sachkapital
      - 4.3.2.2. Finanzkapital
        - 4.3.2.2.1. Anteilsscheine und "sozialistische Aktiengesellschaften"
      - 4.3.2.2.2. Kredite als Ware
    - 4.3.3. Arbeitskraft als Ware?
    - 4.3.4. Wissenschaft und Technologie als Ware
  - 4.4. "Renormalisierung"
  - 4.5. Weitere Richtlinien

### Vorspann

Dies ist der vierte - und vorletzte - Teil der Prognoseserie, die mit der C.a.-Ausgabe vom Mai 1985 begann. Teil I beschäftigte sich mit der Vereinbarkeit von Bürokratie und bürokratieunabhängigen Marktkräften, Teil II (C.a., Juli- und Augustheft 1985) mit der Frage nach dem heutigen und künftigen Charakter der chinesischen Gesellschaft. Teil III behandelte die Frage, ob eine Rückkehr der Kulturrevolution denkbar sei. Im vorliegenden Abschnitt geht es um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Chinas i.J. 2000. Teil V soll den außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Perspektiven gewidmet sein.

Tauchten in den Teilen I bis III zahlreiche neue - und von der offiziellen Selbstdarstellung stark abweichende - Gesichtspunkte auf, so kehrt die Darstellung im vorliegenden Abschnitt wieder zu einer mehr

konventionellen Betrachtungsweise zurück und beschränkt sich z.T. auf die Wiedergabe von Prognosen, wie sie in "Global 2000", im Weltbankbericht/China von 1985 sowie im regierungsamtlichen chinesischen Gutachten für das Jahr 2000 vorgenommen wurden. Es fällt auf, daß der Weltbankbericht und das "Gutachten" Koordinationsbezüge aufweisen - kein Zufall angesichts der Tatsache, daß die beiden Bearbeitergruppen stets in Kontakt zueinander standen. Beide haben Hunderte von Stunden gerechnet und gerechnet. Ihre Ergebnisse wirken - "über den Daumen gepeilt" und "mit gesundem Menschenverstand" nachkalkuliert - plausibel. Wozu also das Rad noch einmal erfinden!?

### 1.

#### Das Jahr 2000 im Scheinwerferlicht dreier prognostischer Entwürfe

Seit i.J. 1972 der Club of Rome seine damals so aufsehenerregende - und pessimistische - Prognose über die mögliche Fahrt der Menschheit in die Katastrophe abgab, sind immer mehr Zukunftsaussagen gemacht und prognostische Institutionen gegründet worden. So entstand beispielsweise 1973 eine Internationale Gesellschaft für Futurologie, und 1975 bildete die EG eine mit Zukunftsfragen befaßte Gruppe, deren Aufgabe vor allem darin bestand, die Zusammenarbeit zwischen den Industriegesellschaften und Entwicklungsländern abzuschätzen und Alternativen zu entwickeln, zwischen denen die Politik künftig wählen könne.

Bisheriger Höhepunkt im Umgang mit der Zukunft war der "Bericht an den Präsidenten" mit dem Titel "Global 2000", den der damalige amerikanische Präsident Carter am 23. Mai 1977 in Auftrag gab, und zwar mit der Bitte, die "voraussichtlichen Veränderungen der Bevölkerung, der natürlichen Ressourcen und der Umwelt auf der Erde bis zum Ende dieses Jahrhunderts" zu untersuchen, wobei die Ergebnisse "als Grundlage für unsere längerfristige Planung dienen" sollten. Der Bericht war nach dreijähriger Arbeit fertig und erschien i.J. 1980. In der deutschen Ausgabe umfaßt er 1.508 Seiten und wird ergänzt durch einen weiteren Abschnitt "Time to Act" ("Die Zeit zum Handeln"), der in der deutschen Ausgabe weitere 209 Seiten umfaßt (1).

Dieser Bericht, der übrigens auch zahlreiche Partien über die VR China enthält, hat die Chinesen nicht ruhen lassen. Schon 3 Jahre nach Erscheinen von "Global 2000" hatte sich ein Gremium von 400 Wissenschaftlern mit dem Ziel gebildet, der ZK-Führung "wissenschaftliches Grundlagenmaterial für die

weitere Entscheidungsbildung" zu liefern. Beteiligt an diesem Gremium, das 1983 zu arbeiten begann und Anfang Oktober bereits seinen Bericht abschließen konnte, waren das "Wirtschafts- und Forschungstechnologiezentrum des Staatsrats", ferner die staatlichen Kommissionen für Planung, Wirtschaft sowie Wissenschaft und Technologie, des weiteren die Akademie der Sozialwissenschaften und das "Forschungsinstitut für wissenschaftliche und technologische Information".

Der Bericht umfaßt ein Hauptreferat und zwölf Fachreferate sowie eine Reihe von Abhandlungen von Sonderthemen (2). Die zwölf Kapitel betreffen die Themen "Bevölkerung und Beschäftigung", "Wirtschaft", "Lebensstandard", "Wissenschaft und Technologie", "Erziehung", "Naturrohstoffe", "Energie", "Umwelt", "Landwirtschaft", "Kommunikation und Transport", "Die internationale Umgebung" sowie eine Quantifizierung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, technologischer und sozialer Daten für das Jahr 2000. Der Bericht wird fortan als "Gutachten" zitiert.

Die Prognosen sind im allgemeinen vom Optimismus bestimmt: Der Lebensstandard werde zunehmen, China werde bis 2000 die sechst- oder vielleicht sogar fünftgrößte Wirtschaftsmacht der Welt sein, die gesamte Volkswirtschaft werde einen "vitalen offenen Stil" entfalten, und außerdem werde die "sozialistische geistige Zivilisation" wesentlich gestärkt - was immer das heißen mag.

Sorgen bereite andererseits der zu befürchtende Bevölkerungszuwachs von über 200 Millionen, durch den vor allem die Beschäftigungsfrage aufgeworfen werde, ferner der Engpaß im Kommunikations- und Telekommunikationswesen, den man wesentlich ernster nehmen müsse als die Energiefrage, des weiteren der generelle Rückstand im Bereich der Erziehung, Wissenschaft und Technologie, darüber hinaus zunehmender Wasser- und Forstschaden und nicht zuletzt ein bedrückender Kapitalmangel, der den Strukturänderungen erhebliche Grenzen setze.

Ist es ein Zufall, daß die Hauptprobleme wiederum mit der klassischen Fünferzahl umschrieben werden? Hätte man nicht auch weitere Schwierigkeiten, z.B. die Ungleichgewichte im regionalen und im sektoralen Bereich, noch hinzufügen müssen, um hier nur ein Beispiel zu nennen?

In der Zwischenzeit ist auch eine China-Prognose der Weltbank erschienen, und zwar unter dem Titel

"China, Long-term Development Issues and Options: A Worldbank Country Economic Report", Baltimore and London 1985.

## 2. Erwartungen und Hoffnungen

### 2.1.

#### Die "Generallinie": allseitige Vervielfachung

Die Zahl Vier hat in der chinesischen Tradition nie eine Rolle gespielt. Dort ging es immer nur um die Drei, um die Sieben, vor allem aber um die Fünf.

Seit 1984 aber ist fast pausenlos von "Vervielfachung" die Rede, nämlich erstens vom Bruttoproduktionswertes von Industrie und Landwirtschaft, zweitens vom Bruttosozialprodukt pro Kopf und drittens von der Energieerzeugung - um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen. Ausgangspunkt für diese Vervielfachung ist jeweils das Jahr 1980, Zielpunkt dagegen das Jahr 2000.

a) Am häufigsten wird die Vervielfachung des industriellen und landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes angeführt. Er lag 1980 bei 250 Mrd. Yuan, soll i. J. 2000 also die Summe von 1 Billion Yuan erreichen. Rein rechnerisch muß die Wachstumsrate in den zwanzig Jahren zu diesem Zweck jeweils 7,2% betragen - ein Ziel, das, wie die heute vorliegenden Anfangsergebnisse zeigen, durchaus erreichbar ist. Während des 6. Planjahrfrüfts (1981/85) lag die jährliche industrielle BPW-Wachstumsrate bei 11% (Leichtindustrie: 12%, Schwerindustrie: 10%) und im Landwirtschaftsbereich bei 10% jährlich (3). Nun ist, wie Louven (4) dargelegt hat, der BPW höchst problematisch, da er zu Doppel- und Mehrfachzählungen führt, da er ferner quantitäts- und kaum qualitätsbezogen ist, und da er nicht zuletzt um so ungeeigneter wird, je mehr eine Volkswirtschaft vom extensiven zum intensiven Wachstum übergeht. Vor allem aber wird der BPW stark durch die oft willkürlich festgelegten Preise determiniert. Allein durch solche Festlegungen kann also eine Globalzahl ohne allzu große Schwierigkeiten "nach oben korrigiert" werden. Es wäre also zweckmäßiger gewesen, die Zielangaben in Nettowerten zu benennen (5).

Auch der Weltbankbericht hält die Vervielfachung des BPW für ohne weiteres erreichbar.

b) Eine andere Ankündigung aus dem Jahre 1980 bezieht sich auf das Bruttosozialprodukt pro Kopf, das sich aus drei Teilen zusammensetzt, nämlich 1. dem Nationaleinkommen (d. i. das Nettoprodukt aus Industrie, Landwirtschaft, Bauwirt-

schaft, Verkehrs- und Transportwesen sowie Handel), 2. aus dem Ersatzfonds (d. i. der Wert der verbrauchten Produktionsmittel) und 3. dem Nettoeinkommen aus Dienstleistungen. Da das BSP international üblicherweise in US-Dollar ausgedrückt wird, ließ sich für das BSP pro Einwohner Chinas i. J. 1979 ein Betrag von 253 US\$ berechnen, den es also bis zum Jahr 2000 zu vervierfachen galt, womit dann eine Summe von 1.000 US\$ pro Kopf erreicht wäre.

Das "1.000 \$-Ziel" wäre allerdings, wie damals schon betont wurde, langfristig nur erreichbar, wenn zwei weitere Probleme gelöst würden, nämlich erstens die Kontrolle des Bevölkerungswachstums und zweitens die Erhöhung des Nettoeinkommens aus dem Dienstleistungsbereich. Alle Länder, die für China als Vorbilder in Betracht kommen, hatten, als das "1.000 \$-Ziel" erreicht wurde, einen Anteil der Dienstleistungen und des Ersatzfonds von insgesamt 25% des BSP, während diese beiden Teile in China 1980 nur 12-13% ausmachten. Die Bundesrepublik benötigte für die Steigerung des BSP pro Kopf von 250 auf 1.000 US\$ nach dem Zweiten Weltkrieg zwölf Jahre, Japan 14 Jahre, Italien 15 Jahre und die Sowjetunion 17 Jahre. Das "fleißige, tapfere und willensstarke chinesische Volk" müßte das gleiche, wie es heißt, doch eigentlich in zwanzig Jahren schaffen (6).

In einigen Wachstumsregionen, wie in den Städten Beijing, Shanghai und Tianjin, lag das BSP pro Kopf 1979 bereits bei oder über der 1.000 US\$-Marke, in der Provinz Sichuan dagegen bei nur 200 US\$.

Auch der Weltbankbericht empfiehlt den Chinesen, den Dienstleistungssektor stärker zu betonen. Verglichen mit anderen "typischen großen Ländern mit niedrigem Einkommen" sowie mit anderen typischen großen Ländern mit mittlerem Einkommen sei der Dienstleistungssektor in der VR China außerordentlich niedrig entwickelt, und zwar sowohl was den Beitrag dieses Sektors zum BSP als auch was die Beschäftigtenzahl anbelange (7).

Der Bericht bringt "drei alternative Projektionen" (8), die von jeweils verschiedenen Erwartungen oder aber von einem jeweils verschiedenen Faktoreinsatz ausgehen. Die Option der "Vervielfachung" geht davon aus, daß die Investitionen vor allem in die Landwirtschaft sowie in den Energie- und Transportsektor gelenkt werden, daß der industrielle Anteil etwa bei der gleichen Höhe bleibt wie in den vergangenen dreißig Jahren, und daß beim Handel das zirkulierende Kapital um etwa 20% reduziert würde (9). In

diesem Fall würden sich die Vervielfachungsziele zwar erreichen lassen, doch ginge dies auf Kosten vor allem des privaten Konsums, der Landwirtschaft, der Infrastruktur und - eben - der Dienstleistungen. Für den einzelnen Verbraucher wäre dies also nicht unbedingt die erfreulichste Lösung.

Die zweite Option, die von der Erwartung eines "bescheidenen" Wachstums ausgeht, unterscheidet sich von der "Vervielfachung" weniger durch den Faktoreinsatz als vielmehr durch eine weniger optimistische Grundhaltung. Man geht davon aus, daß die meisten Zuwächse, sei es nun bei der Schwer- oder Leichtindustrie, beim Transport oder beim Handel durchschnittlich 1% weniger gut ausfielen als beim "Vervielfachungs"-Modell.

Die dritte Option schließlich, die unter dem Stichwort "ausgewogen" steht, unterscheidet sich von der "Vervielfachung" vor allem durch eine wesentlich stärkere Betonung des Tertiärsektors, sei es nun des Handels oder aber anderer persönlicher Dienstleistungen. Die chinesische Wirtschaft würde sich bei Befolgung dieser Option weg vom Sowjetmuster und hin zum Japanmuster bewegen - und in der Tat scheint dies ja auch, wie oben bereits erwähnt, einer der stillen Wünsche der Reformer zu sein.

Für die drei Werte "Wachstumsrate des BSP : Nationaleinkommen : BPW von Industrie und Landwirtschaft" prognostiziert der Weltbankbericht ein Wachstum von  
- bei der "Vervielfachung" 6,6 : 6,3 : 7,2%;  
- bei der "gemäßigten" Option 5,4 : 5,1 : 6,0%;  
- und beim "ausgewogenen" Konzept 6,6 : 6,2 : 6,4%.

Die Vor- und Nachteile beider Entwicklungspfade lassen sich aus der beiliegenden Graphik entnehmen. Ganz allgemein kann man hier bemerken, wie mit der Zunahme des Dienstleistungsanteils auch die Qualität der Produkte, der Verarbeitungsanteil, die Vermarktung usw. zunimmt, während gleichzeitig der Materialanteil abnimmt und damit weniger kostenintensiv wird. Vor allem aber wird jener Sektor gestärkt, dem die Reformer immer schon besonderes Augenmerk gewidmet haben, nämlich der Markt. Je mehr Dienstleistungen, desto besser die Informationen zwischen Produzenten und Verbrauchern, desto effizienter der Wettbewerb und desto größer die Chance, die bisherige Tonnenideologie durch eine Qualitätsideologie zu ersetzen.

Bei allen drei Projektionen wird

übrigens unterstellt, daß die Regierungsziele, nämlich das Bevölkerungswachstum bei 1,2 Milliarden Menschen zum Stillstand zu bringen, i.J. 2000 erreicht wird. Gleichzeitig betont der Weltbankbericht, daß die der Vervierfachungsrechnung zugrunde liegenden Prämissen durchaus realistisch seien; denn die Ausgangswerte seien nicht höher als diejenigen, die China bereits in den vergangenen Jahren bei einigermaßen gutem Wirtschaftsmanagement erreicht habe (10)

Im "Gutachten" wird übrigens noch eine BSP-Hochrechnung vorgenommen. Danach betrug das BSP Chinas i.J. 1980 "rd. 280 Mrd. US\$ und rangierte an 8. Stelle in der Welt". Nach dem Planziel soll es sich bis zum Jahre 2000 auf 1,2 Billionen US\$ belaufen - das 4,2fache von 1980 - bei einer jährlichen Wachstumsrate von 7,4%.

Legt man eine Bevölkerung von 1,25 Milliarden Menschen zugrunde (hier weicht das "Gutachten" von den Prämissen des Weltbankberichts ab!), so werde das Pro-Kopf-BSP i.J. 2000 etwas über 960 US\$, das Nationaleinkommen etwa 870 Mrd. US\$ (= das 3,9fache gegenüber 1980), die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate 7,1% und das Pro-Kopf-Nationaleinkommen ca. 700 US\$ betragen.

Das "Gutachten" ist also gegenüber den Aussagen von 1980 etwas vorsichtiger geworden und geht nicht mehr von 1,2 Milliarden, sondern von 1,25 Milliarden Menschen i.J. 2000 aus (dazu unten 2.2.1.).

In absoluten Zahlen wird China i.J. 2000 vermutlich an 5. oder 6. Stelle in der Welt rangieren, während es beim Pro-Kopf-BSP sich mit einem Platz "sehr weit hinten" in der Welt-rangskala zu begnügen hat. Lages hier 1980 unter den 159 Staaten, über die die Weltbank Statistik führte, am 133. Platz, so wird es bis zum Jahr 2000 vermutlich nicht unter "die ersten achtzig aufrücken können". Hier müsse man noch weitere fünfzig Jahre "hart arbeiten" und könne sich dann um das Jahr 2050 herum in die Spitze der hochentwickelten Staaten einreihen - dies wäre dann der 100. Geburtstag der Gründung der VR China (1. Oktober 1949).

Auch im Energiebereich ist immer von Vervierfachung die Rede (Näheres dazu unten 3.).

Der landwirtschaftliche Bruttoproduktionswert (einschließlich der Dorfindustrie) soll i.J. 2000 1.010 Mrd. Yuan betragen und sich damit gegenüber 1980 - ebenfalls! - vervierfachen (11). Der hierfür nötige Wachstumspfad von 7,2%

jährlich wurde beim 6. Fünfjahresplan (1981/85) mit 10% "lässig" eingehalten. Die Getreidebestandteile in der chinesischen "Reisschüssel" werden ab-, die Fleischbestandteile zunehmen. Die Nahrungsmittelautarkie ist m.a.W. i.J. 2000 aller Voraussicht nach nicht nur sichergestellt, sondern erfährt gegenüber 1980 sogar eine wesentliche Eiweißaufwertung.

## 2.2.

### Erwartungen auf wichtigen Einzelgebieten

#### 2.2.1.

##### Die Bevölkerung i.J. 2000

Die chinesischen Experten gehen diesen Themenkreis mit drei verschiedenen Zuwachsprämissen an, die vom Optimum (also einem möglichst geringen Zuwachs) bis zum Pessimum reichen:

- Das Optimum: Sollte die jährliche durchschnittliche Zuwachsrate zwischen 1983 und 2000 bei nur 0,95% liegen, so könnte die Bevölkerung Chinas bis zur Jahrtausendwende unter 1,2 Milliarden gehalten werden.

- Sollte sie (schlechtestenfalls) 1,34% betragen, so würde die Einwohnerzahl kurz vor 1,28 Milliarden haltmachen.

- Eine mittlere Annahme, die bei 1,15% angesetzt wird, führte zu einer Endzahl von 1,25 Milliarden.

Welche dieser drei Annahmen dürfte der Realität am nächsten kommen? Hier empfiehlt sich ein Blick auf die Vergangenheit.

Zwischen 1949 und 1982 lag das Bevölkerungswachstum zwischen Jahreswerten von minimal 1,16% und maximal etwas über 2%. 1959 bis 1961 und 1979 betrug es 1,16%, von 1976 bis 1978 schwankte es zwischen 1,2% und 1,26% und in den übrigen Jahren zwischen 1,34% und 2%.

"Global 2000" geht sogar von einer chinesischen Gesamtbevölkerungszahl von 1.329.000.000 aus - dies wären 20,9% der dann vermutlich vorhandenen Weltbevölkerung. Indien freilich wird dann ebenfalls bereits die 1-Milliarden-Schallmauer durchbrochen haben (1,021 Milliarden Menschen) (12).

Von diesen empirischen Parametern her gesehen, glaubt die Experten-gruppe, die mittlere Lösung als wahrscheinlich annehmen zu müssen; praktisch heißt dies nicht mehr und nicht weniger, als daß das von der Regierung immer wieder proklamierte Idealziel von 1,2 Milliarden kaum zu erreichen ist, daß man sich also auf 1,25 Milliarden Einwohner i.J. 2000 gefaßt machen muß.

Da die Weltbevölkerung i.J. 2000 aller Voraussicht nach 6,3 Milliarden Menschen beträgt, würde China davon einen Anteil von 19,8% bestreiten.

In den Berechnungen wird unterstellt, daß die Säuglingssterblichkeit von schätzungsweise 350/00 i.J. 1981 auf 200/00 i.J. 2000 sinkt, während die Lebenserwartung von 68 i.J. 1982 auf 72 i.J. 2000 steigt.

Die Altersstruktur der Bevölkerung wird von der Verjüngung zur Stabilisierung übergehen, insofern nämlich das Verhältnis zwischen den Altersgruppen 0 bis 14, 15 bis 64 und 65 ff. bei 24,3% : 68,8% : 6,9% liegen dürfte. Falls diese Annahmen zutreffen, könne man von einer ausgeglichenen Entwicklung sprechen, die weit von Überalterung entfernt sei - und von deren Gegenteil.

Zu Recht wird die Bevölkerungsprognose als erste unter allen Voraussagen angeführt; denn sie ist in der Tat das A und O für jede Zukunftskalkulation. Auf der ganzen Welt gibt es - außer China - nur sechs Staaten mit einer Bevölkerung von mehr als 100 Millionen Menschen, nämlich Indien, die UdSSR, die USA, Indonesien, Brasilien und Japan. China andererseits muß sich mit der Frage herumschlagen, ob seine Bevölkerung i.J. 2000 1,2 Milliarden oder 1,3 Milliarden beträgt. Im schlimmsten Fall beläuft sich die Differenz m.a.W. auf 100 Millionen Menschen - also eine Bevölkerungszahl, die für sich bereits die achtgrößte ausmache. Diese schwindelerregende Differenz ist umso weittragender, als für jeden Chinesen vom 1. bis 16. Lebensjahr offiziell ein Erziehungs- und Sozialbetrag von 1.600 Yuan auf den Dörfern, 4.800 Yuan in Mittelstädten und 6.900 Yuan in Großstädten angesetzt wird. Bei 100 Millionen Neubürgern ergäbe dies bereits eine im Mittel zu rechnende Gesamtsumme von rd. 400 Mrd. Yuan, also weitaus mehr als das Doppelte der gesamten Budgetausgaben von 1985 (156 Mrd. Yuan).

Es gab eine Zeit, da die Ansicht vorherrschte, daß jeder neuzukommende Chinese weniger Konsument als vielmehr Produzent sei. Von dieser vor allem während der Kulturrevolution verkündeten Ansicht haben die Reformer längst Abstand genommen. Ihrer Ansicht nach wäre China bei seiner Fläche und seinen Ressourcen mit rd. 700 Millionen Menschen am besten "bedient". Alles Mehr ist nicht auf der Gewinn-, sondern auf der Kostenseite anzusiedeln.

Wer nicht wünscht, daß China auf ewig ein unterentwickeltes Land bleibt, kann gar nicht umhin, der

"Ein-Kind-Familie"-Politik Beifall zu klatschen, so bitter diese Beschränkung auch für die einzelne Familie sein mag.

## 2.2.2.

### Der Lebensstandard i.J. 2000

#### 2.2.2.1.

##### Meßlatten

Die UNO hat die Kriterien ihrer Entwicklungspolitik im Laufe der Jahre mehrere Male geändert. Am Anfang stand die sog. "Wachstumsstrategie", die Wachstum weitgehend mit Entwicklung gleichsetzte und damit die Höhe des Pro-Kopf-Einkommens als Meßlatte für den "Entwicklungs"-Stand benutzte. Mit volkswirtschaftlichen Globalgrößen freilich läßt sich der Zustand und die soziale Lage eines Dorfbewohners kaum in den Griff bekommen.

Später kam die "Wohlfahrtsstrategie" auf, die weniger auf das Produktionsniveau als vielmehr auf eine mögliche wohlfahrtsgerechte Verteilung abstellte. Hierbei wurde geflissentlich übersehen, daß nur solche Güter verteilt werden können, die vorher produziert worden sind. Auch hier wurden also Einzelaspekte überproportional und ohne Rücksicht auf den entwicklungspolitischen Gesamtkontext hervorgehoben.

In den siebziger Jahren kam dann die "Grundbedürfnisstrategie" auf, die einen Mittelweg zwischen diesen einseitigen "Wachstums"- und "Umverteilungszielen" anstrebte, indem sie nicht Zuwächse und Technologien oder staatliche Distributionseingriffe, sondern vielmehr den Menschen mit seinen "Grundbedürfnissen" in den Mittelpunkt aller Entwicklungsanstrengungen stellte. Es ging von jetzt an nicht mehr so sehr um (negative) Maßnahmen der Armutslinderung, der

Arbeitslosigkeitsverringerung oder aber der Beseitigung von Ungleichheiten, sondern um (positive) Bereitstellung bestimmter Güter und Dienste für ganz bestimmte Menschen, die in ihrer konkreten birmanischen oder chinesischen Umgebung sowie in ihrem buddhistischen oder islamischen oder sonstigen Wertesystem bestätigt sein möchten. Zu entwickeln ist m.a.W. der "Faktor Mensch" mit seinen materiellen und immateriellen Grundbedürfnissen. Zu den ersteren gehören Nahrung, Kleidung und Wohnung sowie Gesundheit, Schulbildung und öffentliche Daseinsvorsorge, für die bestimmte Minimalansätze als Richtwerte ausgearbeitet wurden.

Zu den immateriellen Grundbedürfnissen andererseits zählen die soziale Eingliederung, die Teilhabe an Ausbildungs- und Informationseinrichtungen sowie an Entschei-

dungsprozessen und nicht zuletzt die Möglichkeit zu "kultureller Identität".

Die Institution der Danwei hat dafür gesorgt, daß in China die sozialen Strukturen weitgehend erhalten blieben, daß also vor allem keine Landflucht größeren Stils einsetzte, und daß der einzelne im Danwei-Rahmen durchaus Mitbestimmungsrechte behalten hat, wenn gleich sie ihm im Transdanwei-Bereich so gut wie unerreichbar sind. Nachdem im Zuge der Strukturreformen auch die Eingriffe von Partei- und Staatsorganen in die Danwei wieder minimalisiert wurden, ist dem Durchschnittschinesen durchaus das Gefühl der sozialen und kulturellen Identität geblieben. "Modernisierung" und "Identität" schließen sich also keineswegs aus.

#### 2.2.2.2.

##### Ernährung

Ganz anders bei den materiellen "Grundbedürfnissen". Hier gibt es noch gewaltige Rückstände aufzuarbeiten. Da ist erstens die Ernährung, die lt. Aussagen Hu Yaobangs auch Ende 1984 für sechzig Millionen noch keineswegs gesichert war, wobei man allerdings bedenken muß, daß noch vier Jahre vorher rd. 200 Millionen Menschen mit einem zu schmalen Nahrungsmittelangebot hatten auskommen müssen. Da China vor allem in den Einzugsbereichen der großen Flüsse durchaus schon Überproduktionserscheinungen aufweist, geht es bei der Beseitigung solcher Mißstände nicht mehr so sehr um ein Produktions- als vielmehr um ein Verteilungsproblem, das im Zuge einer verbesserten Infrastruktur lösbar erscheint.

Die chinesische Wirtschaft ist, wie die bisherigen Entwicklungen gezeigt haben, auch in der Lage, notfalls 1,2 bis 1,3 Millionen Menschen zu ernähren. Die Ausgaben für Nahrungsmittel werden sich von etwa 60% i.J. 1980 auf 50% des Durchschnittseinkommens i.J. 2000 senken.

Der Bericht "Global 2000" traut der VR China u.a. eine außergewöhnliche Entwicklung der im Rahmen der chinesischen Ernährungsgewohnheiten immer schon höchst bedeutsamen Süßwasserfischzucht zu. Das "Aquakulturpotential im Süßwasser", wo Ernährung und primäre Produktivität künstlich verbessert werden können, berge die vielversprechendsten Möglichkeiten. Die einzige natürliche Begrenzung bildet hier der Wasservorrat (13).

#### 2.2.2.3.

##### Wohnung

Ein Problem bleibt demgegenüber vorerst der Wohnungsengpaß, der u.a. darin zum Ausdruck kommt,

daß die Durchschnittswohnfläche für einen Stadtbewohner bei nur 4-5 qm (1985) liegt. Da die Wohnverhältnisse auf dem Lande weitaus besser sind, ist der Wohnungsbau hauptsächlich ein städtisches Anliegen. Hier werden in den nächsten Jahren noch gewaltige Anstrengungen nötig sein. Sollte sich die Bevölkerungszahl bis Ende des Jahrhunderts auf 1,3 Milliarden erhöhen und geht man davon aus, daß von den 300 Millionen "Neubürgern" ein Fünftel auf die Städte entfällt (dies entspräche der heutigen Relation zwischen Stadt- und Landbewohnern), und unterstellt man weiterhin, daß dem "Grundbedürfnis" Wohnen erst bei einer Fläche von etwa 10 qm pro Person Genüge getan ist, so müßten bis zum Jahr 2000 noch rd. 1,6 Mrd. qm Fläche Wohnung neu gebaut werden - von der Renovierung alter Wohnflächen ganz abgesehen.

Geht man von den Zuwachsraten des Wohnungsbaus zwischen 1981 und 1985 aus (sie betragen 920 Mio. qm), so wäre dieses Gesamtziel bis zum Jahr 2000 nur zu erreichen, wenn die überproportionalen Ausgaben 1981/85 (321,9 Mrd. Yuan) beibehalten würden. Dies dürfte jedoch kaum der Fall sein, da die Höchstansätze des damaligen Zeitraums letztlich eine Not-Antwort auf die jahrelange Vernachlässigung des Wohnungsbaus in den vorausgegangenen Jahrzehnten gewesen war. Im Bereich des Wohnens dürften die chinesischen Grundbedürfnisse bis zum Jahr 2000 also keinesweg befriedigt sein - zumindest nicht für den normalen Stadtbewohner. Das "Gutachten" geht davon aus, daß der statistische Stadtbewohner i.J. 2000 8 qm, der Landbewohner dagegen 15 qm zur Verfügung hat (14). Der Mietanteil wird sich bis zum Jahre 2000 wahrscheinlich drastisch ändern, nämlich von gegenwärtig (1985) 1,5% auf 10% des durchschnittlichen Monatseinkommens.

Was die Dörfer anbelangt, so läßt der Gewerbefleiß der Bauern die Planer hoffen, daß die Wohnraumfrage dort schon bald mit zu den bestgelösten Anliegen gehört; baute doch zwischen 1979 und 1985 jeder der 200 Millionen ländlichen Haushalte nicht weniger als 12 qm neuen Wohnraum - eine Folge des neuen bäuerlichen "Wohlstands", der allerdings, wie unten noch näher auszuführen, nicht gleichmäßig verteilt ist, sondern bereits jetzt erhebliche regionale Gefällestufen zeigt.

Angesichts der Bodenknappheit dürfen die neuen Bauernhäuser allerdings nicht in die Breite, sondern müssen stattdessen in die Höhe wachsen. Seit 1982 gibt es Vorschriften, die gegen unbekümmerte

Verschwendung von Ackerland durch immer neue Hausbauten gerichtet sind und in deren Mittelpunkt die Forderung nach Bebauungsplänen steht.

Im Gegensatz zu früher sind die Häuser nicht mehr aus Holz, Stroh und Lehm, sondern überwiegend aus Backsteinen und Dachziegeln erstellt - und sie sind nicht mehr ein- sondern zwei- oder sogar dreistöckig (15). Auch sind sie besser installiert und Hygiene-bedachter (getrennte Abfallräume, Trennung von Brauch- und Trinkwasser, Toiletten etc.). Diese Tendenz dürfte sich bei den "Eigenheim-bewußten" Bauern auch in Zukunft fortsetzen.

Um auch für die Städter den Wohnungsbau voranzutreiben, setzt die Regierung heutzutage vor allem auf vier Mittel, nämlich höhere Budgetzuschüsse, Kredite, Wettbewerb (öffentliche Ausschreibungen!) und nicht zuletzt auf eine neue Ideologie.

- Da sind zunächst die Ausgaben für den Wohnungsbau, die in der Tat seit 1981 signifikant zugenommen haben. Sie betragen, wie erwähnt, 1981/85 321,9 Mrd. Yuan.

- Ferner werden seit 1983 Haus- und Wohnungsbaukredite an solche Bauherren vergeben, die über Bankeinlagen in Höhe von einem Drittel des Kaufpreises verfügen. Die restlichen zwei Drittel können durch solche kostengünstigen Darlehen gedeckt werden (C.a., Juni 1984, Ü 37).

- Seit 1984 können größere Bauprojekte auch durch öffentliche Ausschreibungen vergeben werden, woraufhin sich sowohl staatliche als auch kollektive - und in der Zwischenzeit auch private - Bauunternehmen bewerben können. Preis, Qualität und Bauzeit (also Marktgesichtspunkte) entscheiden dann letztlich für die Wahl des Wettbewerbsfähigsten.

- Häuser und Wohnungen sollen künftig auch als Ware behandelt und insofern kommerzialisiert werden. Nicht nur Bauern, sondern auch Städter sollen die Möglichkeit haben, selbst Häuser zu bauen oder zu kaufen und auch wieder zu verkaufen. Es ist geplant, die Mieten in staatlichen Wohnungen so anzusetzen, daß sie zur Kostenmiete werden. Dadurch soll bei den Bewohnern der Entschluß bestärkt werden, das Haus oder die Wohnung eher zu kaufen als zu mieten (16).

#### 2.2.2.4. Kleidung

Was die Kleidung anbelangt, so mußte sich der Durchschnittschinese, vor allem soweit er auf dem Lande lebt, dreißig Jahre lang mit be-

scheidensten Ansprüchen zufriedengeben. Wer hat nicht jene Bilder gesehen, auf denen Bauern mit immer und immer wieder geflickten Kattunjacken abgebildet sind?! China ist der größte Baumwollproduzent der Welt und kann seinen Rohstoff auf diesem Gebiet selbst decken, sieht man einmal von gewissen Kontingenten langfaseriger Pflanzen ab, die aus Ländern wie Ägypten zu besorgen sind. Angesichts der neuauftretenden Viehzucht wird in Zukunft auch das Wollangebot wachsen. Für Kleidung hat der Durchschnittsbürger heute (1985) 13-14% seines Einkommens auszugeben. Im Jahr 2000 wird sich daran, dem "Gutachten" zufolge, nichts ändern.

Letztlich wird es bei der Definition der "konkreten Grundbedürfnisse" darauf ankommen, welche Ansprüche die Durchschnittsbevölkerung an die Bekleidung stellt. Hier reicht die Spannweite vom überkommenen Flickenzug bis zur Haute Couture eines Pierre Cardin, der nun schon mehrere Male in China seine Kollektionen gezeigt hat. Es darf kaum jemand darüber im Zweifel sein, daß es künftig gerade in diesem Bereich keinen Egalitarismus mehr gibt, sondern daß sich erhebliche Differenzierungen und Gefälle herausbilden, die einerseits zwischen Stadt (Shanghai) und Land, andererseits aber auch innerstädtisch zwischen den homines novi und dem städtischen Durchschnittsverbraucher entstehen!

#### 2.2.2.5. Gesundheit

Am wenigsten sorgen braucht sich die chinesische Führung wahrscheinlich um das Gesundheitswesen. Hier ist auch in den Jahren des Extremismus nichts versäumt worden, im Gegenteil: Gerade während der Kulturrevolution wanderte ja die Medizin in besonders breitem Strom aufs Land und führte dort zum Aufbau bäuerlich-genossenschaftlicher Krankenversicherungen sowie zur Herausbildung von "Barfußärzten", die heute "Dorfärzte" heißen. Durch Großeinsätze zur Seuchenbekämpfung wurden die Erreger von Malaria, Lungenwurmkrankheiten und andere Seuchen weitgehend beseitigt, so daß die durchschnittliche Lebenserwartung in China schon heute bei 68 Jahren liegt und sich bis zum Jahr 2000 weiter erhöhen wird, möglicherweise bis auf 72 Jahre ("Gutachten").

#### 2.2.2.6. Öffentliche Daseinsvorsorge

##### 2.2.2.6.1.

**Versorgung mit Elektrizität**  
Über diesen Punkt ist unten (3.) Näheres auszuführen. Energie wird in China auf absehbare Zeit immer

knapp sein, wenngleich man hofft, mit einer Gesamterzeugung von 1,2 Billionen kWh i.J. 2000 wenigstens den Hauptbedarf abdecken zu können.

##### 2.2.2.6.2.

#### Wasserversorgung

Wesentlich mehr Kopfzerbrechen als die Energiesicherung dürfte die Versorgung mit Wasser machen. Schon heute ist die Abwasserverschmutzung in China so weit fortgeschritten, daß nach amtlicher Berechnung bereits rd. 30 Mrd. US\$ aufgewendet werden müßten, um auch nur das Schlimmste zu beseitigen. Wasserengpässe drohen freilich im allgemeinen weniger dem wasserreichen Südchina als vielmehr den Bewohnern der Nordchinesischen Ebene, wobei vor allem eine Großstadt wie Tianjin besonders bedroht ist. Langfristig ist hier zwar das Mammutprojekt einer "Wasserumleitung von Süden nach Norden" (nanshui bei diao) geplant, doch dürfte dieses Projekt bis zur Jahrhundertwende allenfalls begonnen, jedoch keineswegs abgeschlossen sein. Vielleicht wird China dazu übergehen, getrennte Wasserleitungen für Trink- und Brauchwasser zu bauen. Selbst wenn es gelingt, die Wasserversorgungsfrage recht und schlecht zu lösen, dürfte dadurch ein anderes Problem aufgeworfen werden, nämlich die Degradierung der Umwelt, da die hohe Ausnutzung des Wassers für weitere Verschmutzung sorgt.

##### 2.2.2.6.3.

#### Transportleistungen

China ist eine höchst stabile Gesellschaft, in der horizontale Mobilität nur wenigen Auserwählten vorbehalten ist. Der Normalchinese pflegt in der gleichen Danwei (Einheit) zu leben und zu sterben, in der er auch geboren wurde. Eine solche Danwei ist entweder das Dorf, die städtische Nachbarschaft oder der Fabrikbetrieb. Es besteht eine Tendenz, "Produktions- und Konsumtionsbereiche" zusammenzulegen, d.h. also, Arbeiterwohnungen gleich um die Fabrik herum anzulegen. Bezeichnenderweise gibt es in der chinesischen Verfassung auch heute noch kein Freizügigkeitsrecht. Es ist zu erwarten, daß diese Stabilität durch die fortschreitende Modernisierung Chinas keineswegs aufgelöst wird - zumindest nicht generell. Würden sich nämlich auch nur 10% der chinesischen Bevölkerung in Bewegung setzen, so brähe augenblicklich die gesamte Infrastruktur zusammen. Mobilität wird es also in Zukunft nur für Politiker, Fachkräfte, Aufkäufer und Einkäufer sowie für einige wenige Wissenschaftler geben.

Selbst für diese Gruppen aber bestehen einstweilen noch mächtige

Schranken. Die meisten Betriebe z.B. tendieren nach wie vor dazu, ihre Fachkräfte in Reserve zu halten. Ein Sprichwort lautet: "Wir halten eine Armee 1000 Tage lang aufrecht, um sie eine Stunde lang zu nutzen. Wir werden sie auch eines Tages nutzen". Man betrachtet Fachkräfte als Danwei-Eigentum und läßt sie entweder überhaupt nicht oder erst dann ziehen, wenn sie früher gewährte Vergünstigungen zurückgezahlt oder ihre Wohnungen aufgegeben haben (17).

Angesichts der Erleichterungen, die inzwischen für wissenschaftliches und kaufmännisches Personal geschaffen worden sind, ist damit zu rechnen, daß für diese kleine Gruppe sowie für eine Anzahl von Politikern bis zum Jahr 2000 die "Mobilität" sichergestellt ist. Die restlichen 95 bis 97% der Bevölkerung freilich dürften nach wie vor "immobil" bleiben.

Auch i.J. 2000 werden die Transportkapazitäten bescheiden bleiben, mißt man sie an den Leistungen fortgeschrittener Industrieländer (im einzelnen unten 3.). China wird auch kein Land der Privatautos werden (unten 3.). Gleichwohl wird der Mangel an Mobilität vom Durchschnittschinesen nicht als besonders tragisch empfunden, da er es gewöhnt ist, in seine Danwei eingebunden zu sein, also "ortsfest" zu leben. Reisen stehen eben nur wenigen Kadern - und Privilegierten - zur Verfügung. Urlaubsreisen kommen ohnehin kaum in Betracht, selbst wenn die Arbeitszeit bis zum Jahre 2000 von jetzt 48 Stunden (Arbeiter) auf 40 gesenkt werden sollte.

#### 2.2.2.7. Resümee

Faßt man diese Betrachtungen noch einmal zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Befriedigung der "materiellen Grundbedürfnisse" letztlich vom Anspruchspegel abhängt, also von einer (inter) subjektiven Größenordnung. Die chinesische Führung wird sich bis zum Jahr 2000 noch häufiger darüber Gedanken machen müssen, wie sie eine "Revolution der steigenden Erwartungen" bereits im Keim erstickt. Kein Wunder, daß die "geistige Zivilisation", die zu Beginn der achtziger Jahre noch als Alternative zur Kulturrevolution empfohlen wurde, inzwischen immer mehr im Sinne einer Einengung des Erwartungshorizonts ausgelegt wird. Letztlich nähert man sich damit dem alten Engelsschen Postulat, daß Freiheit Einsicht in die Notwendigkeit ist. "Sich nach der Dekke strecken lernen" - dies wäre ganz gewiß ein höchst sinnvoller Inhalt der auch längere Zeit als Worthülse gehandhabten "sozialistischen geistigen Zivilisation"!

Modernisierung (die ja auch auf erhöhte Produktion hinausläuft) und "geistige Zivilisation" (im Sinne von Einsicht in die Notwendigkeit) wären insofern durchaus Zwillingsskinder.

Das "Gutachten" geht auf die einzelnen Grundbedürfnisse, wie sie oben angedeutet wurden, nicht direkt ein, sondern stellt auf monetäre Größenordnungen ab. Nach seiner Schätzung wird der Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung von 227 Yuan i.J. 1980 auf rd. 700 Yuan i.J. 2000 ansteigen, wobei wiederum zwischen Stadt- und Landbewohnern zu differenzieren ist. Der Pro-Kopf-Verbrauch der Ersteren wird nach dem Expertenbericht "über 1.200 Yuan" liegen, während die Landbewohner sich mit rd. 600 Yuan zufriedengeben werden müssen. Diese Relation sei, wie es fast beschwörend heißt, wesentlich günstiger als noch i.J. 1980. Lag damals das Verhältnis im Pro-Kopf-Verbrauch zwischen Stadt und Land bei 2,7:1, so wird es bis zum Jahr 2000 auf 1,82:1 gesunken sein. Immerhin aber besteht nach wie vor das Stadt-Land-Gefälle, das während der Mao-Zeit als "Widerspruch zwischen Stadt und Land" bezeichnet worden war.

Ein Dorfbewohner, der i.J. 2000 in Metropolen wie Beijing, Tianjin, Shanghai oder Guangzhou kommt, wird vermutlich noch genauso von Staunen und Bewunderung überfallen wie ein sächsischer Dörfner, der Mitte des 18. Jhdts. nach Leipzig, der damals modernsten deutschen Stadt, kam!

Ganz behaglich mag es den chinesischen Experten bei diesem Gedanken nicht gewesen sein; sie trösten sich aber mit dem Hinweis, daß ein solches Gefälle in Entwicklungsländern wohl unvermeidlich sei, ja daß selbst moderne Industriestaaten noch gewaltige Niveauunterschiede aufwiesen, so z.B. das Pro-Kopf-Einkommen der US-Bundesstaaten Connecticut und Mississippi. Dort habe die Relation 1970 bei 4.871:2.547 US\$ und 1980 sogar bei 13.748:7.778 US\$ gelegen. Kämen schon die reichen und hochentwickelten Vereinigten Staaten nicht um solche Klippen des Ungleichgewichts herum, um wieviel weniger ein Entwicklungsland wie die VR China!

Erstaunlich, wie sich die Zukunftsvorstellungen der Chinesen in den letzten Jahren gewandelt haben. Dies wird vor allem auf Plakaten und in literarischen Darstellungen deutlich. Das chinesische Durchschnittsplakat mit dem Titel "China 2000" zeigt Hochhäuser, Autos und Straßen ohne Fahrräder. Auf den etwas phantasievolleren Darstellungen rasen Schnellzüge am Be-

schauer vorbei, in der Luft kreisen Hubschrauber, und im Hintergrund wird gerade ein Raketenfahrzeug startklar gemacht. Man sieht sich in eine Knopfdruckwelt versetzt. Vergeblich wird man auf diesen Plakaten nach Menschen Ausschau halten, so daß man sich unwillkürlich fragt, wo die 1,2 bis 1,3 Milliarden eigentlich geblieben sind.

Auch hierauf gibt es bereits eine Antwort. Schon im September 1978 entwarf die Guangming Ribao (18) ein Zukunftsgemälde der Hauptstadt Beijing i.J. 1994: Der Autor des Artikels landet mit einem Luftschiff unter der Bezeichnung "R-101" in einer Stadt mit Wolkenkratzen, Supermärkten, Rolltreppen und farbenfroh gekleideten Menschen. Einer der dort beschriebenen "Supermärkte" kommt ganz ohne Verkäufer aus, indem er ausschließlich von einer elektronischen Datenbank aus gesteuert wird. Jede Person verfügt über 10 qm Wohnraum. Außerdem gibt es eine ganze Stadt 60 m tief unter der Erde!

Nicht mehr der "Neue Mensch", sondern die Verherrlichung von Wissenschaft und Technik sind zentrale Bestandteile des chinesischen Zukunftstraums geworden. Mao hatte noch in seinen letzten Jahren das Unbehagen an der modernen Technik artikuliert, hatte dem ideologischen Engagement vor der Fachtüchtigkeit den Vorrang eingeräumt, hatte den Menschen für wichtiger gehalten als die Maschine und hätte auch eine Mangelgesellschaft einer gesättigten, aber politisch "dekadenten" Gesellschaft vorgezogen. Dieser Skeptizismus gehört der Vergangenheit an - und das wohl auch noch i.J. 2000! Bedenkt man, wie lange die Faszination gegenüber der Technik in Japan schon anhält, so darf man wohl annehmen, daß die Chinesen hier nicht weniger ausdauernd sind und daß die westliche Skepsis gegenüber Wissenschaft und Technik vermutlich erst spät Resonanz finden wird.

Hand in Hand mit der Ausdehnung der Warenwirtschaft dürfte es auch zu einer Revolution der steigenden Erwartungen kommen. Schon im Industriereformbeschuß vom Oktober 1984 wurden die Einheiten und Individuen aufgefordert, möglichst schnell "wohlhabend" zu werden. In einem Leitartikel der "Volkszeitung" vom 22. Februar 1985 heißt es, daß die Wirtschaftsstruktur den Zweck verfolge, die Produktivkräfte zu entwickeln, den Staat mächtig und die Menschen wohlhabend werden zu lassen. Allerdings müsse die Arbeitsproduktivität mit dem Konsum stets Schritt halten. "Werdet wohlhabend!". Dies läßt sich ein Chinese nicht zweimal sagen (19).

Um hier die Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen, möchten sich die Reformer stets um einen "geistigen Aufbau" (auch "Aufbau einer sozialistischen geistigen Zivilisation" genannt) bemühen, der parallel zum materiellen Aufbau laufen und die Dinge im Lot halten sollte. China müsse, wie es heißt, bis zum Jahr 2000 "in bezug auf soziale Gleichheit und ethischen Standard die wirtschaftlich hochentwickelten anderen Länder weit überholt haben" (20).

### 2.2.3.

#### Bildung und Wissenschaft

Eine entwicklungsadäquate Bildungsexplosion?

Das derzeitige chinesische Bildungssystem ist durch eine Reihe von Strukturmerkmalen gekennzeichnet, von denen die Zweigleisigkeit von Massen- und Eliteausbildung, die vertikale Dreistufigkeit, die mangelnde Ausdifferenzierung (=Unterentwicklung des Berufsschulwesens), zentrale Kulturhoheit und didaktische Unzulänglichkeiten ("Auswendiglernen", fehlender Schulzwang und Danwei-Bezogenheit der Schulen) besonders zu erwähnen sind. Vor allem die mangelnde Ausdifferenzierung und das Fehlen eines Schulzwangs sind höchst reformbedürftig - ein Postulat, das von der chinesischen Führung inzwischen akzeptiert und zum Programm erhoben worden ist (21).

Wissenschaft und Technik gelten aus der Sicht der Reformer nicht mehr, wie es noch in der Perspektive der Kulturrevolutionäre der Fall war, als bloßer "Überbau", sondern als Produktivkraft, und zwar als Produktivkraft im heutigen Leben schlechthin. Ohne sie gäbe es überhaupt keine Modernisierung. Stämme nicht die gesamte moderne Welt aus der Wissenschaftsretorte der letzten Jahrzehnte!? Der einzelne Forscher sei dementsprechend kein bürgerlicher Intellektueller, sondern, wie jeder andere Arbeiter auch, ein Werktätiger, der allerdings nicht im blauen, sondern im weißen Hemd arbeite und so an einer funktionalen Arbeitsteilung mitwirke, ohne daß es zu einem Klassegefälle komme. Wichtig sei lediglich, daß jeder an seinem Platz "dem Volk" diene.

Hier rückt m.a.W. nicht die Klassenherkunft und auch nicht die Art der Tätigkeit, sondern die Gesamteinstellung des einzelnen in den Mittelpunkt. Dies wird noch klarer, wenn man den chinesischen Bildungsbegriff mit dem anderer Kulturen vergleicht: Nach "westlichem" Verständnis ist der "Gebildete" vor allem ein "Wissender", nach (alt)indischem Ideal ein "Wunschloser" und nach althinesisch-kon-

fuzianischen Vorstellungen ein "Bewahrender". Demgegenüber wünscht sich das "kommunistische" China den "Dienenden". Hierin sind sich die Kulturrevolutionäre und Reformer einig; sie unterscheiden sich allerdings dadurch, daß die ersteren von den "Akademikern", Wissenschaftlern und Kadern nicht nur die richtige Gesinnung, sondern auch die Bestätigung dieser Gesinnung durch Rollentausch und "körperliche Mitarbeit" an "produktiver Arbeit" verlangen, während die letzteren es dabei belassen, daß die "dienende" Einstellung sich bei der konkreten wissenschaftlichen oder sonstigen arbeitsteiligen Tätigkeit manifestiert, ohne daß Arbeitsplatzrotation oder sozialer Rollentausch stattfinden müssen.

Mit dieser reformerischen Prämisse läßt sich auch die Zweigleisigkeit des chinesischen Bildungssystems, d.h. also die Aufteilung zwischen Massenbildung und Elitebildung, rechtfertigen. "Schwerpunktschulen", Postgraduiertenstudien, Titelerwerb etc. dürften bis zum Jahr 2000 so selbstverständlich sein, daß man sich an die kulturrevolutionären Jahre mit ihrer Elite- und Wissenschaftsfeindlichkeit nur noch wie an ferne Schemen erinnert.

Noch beim XII.Parteitag (1982) wurden drei "strategische Schwerpunkte" für den Aufbau des Landes festgelegt, nämlich Landwirtschaft, Energie/Transportwesen und Bildung/Wissenschaft, wobei die letzteren als "schwächstes Kettenglied" galten. Spätestens seit den Bildungsreformbeschlüssen von 1985 ist klar geworden, daß die Führung diese Scharte ausweiten und hierbei vor allem dem Beispiel Japans folgen will, das seine technologische Spitzenstellung nicht etwa Bodenschätzen, sondern dem "Rohstoff Ausbildung" verdankt. Die Reformer haben nicht mehr die zu überwindende Armut, sondern vielmehr den anzustrebenden "Reichtum" im Auge. Außerdem knüpfen sie an eine Tradition der Wissenschaftsverehrung an, die bereits in den zwanziger Jahren ihren ersten Höhepunkt erreicht und schon damals gezeigt hatte, daß das chinesische Volk höchst aufnahmefähig für Wissenschaft und Wissenschaftsverehrung (Jules Verne-Vorliebe!) ist, zumal China im Laufe seiner Geschichte ja zahllose Erfindungen hervorgebracht hat, deren ganzes Ausmaß erst durch das Standardwerk "Science and Civilization in China" von Joseph Needham offenbar geworden ist.

Ohne Wissenschaft kein "Reichtum" - dies ist eine inzwischen allgemein akzeptierte Philosophie geworden.

Aus Gründen des Gleichgewichts muß aber auch die "Massenausbildung" künftig breiter und vor allem differenzierter angelegt werden, d.h., die Einführung des Schulzwangs und die Ausgestaltung des Berufsschulwesens stehen auf der Prioritätenliste. Beiden Erfordernissen wurde inzwischen zumindest administrativ Rechnung getragen. Nachdem es bis 1985 keine Schulpflicht, sondern lediglich eine "Popularisierung" der Schule gegeben hatte, wurde nunmehr - durch ZK-Beschluß vom 29. Mai 1985 - die allgemeine neunjährige Schulpflicht (sechs Jahre Grund- und drei Jahre untere Mittelstufe) für jedermann angeordnet, wobei die Einführung von drei Entwicklungsstufen - je nach Regionenkategorie - vor sich gehen soll: Die erste Kategorie, die etwa ein Viertel der chinesischen Bevölkerung ausmacht, umfaßt die Städte, die wirtschaftlich entwickelten Küstenregionen sowie die wenigen höherentwickelten Einsprengsel im Landesinneren. Sie sollen die neunjährige Schulpflicht bis 1990 durchgeführt haben. Die zweite Kategorie, der etwa die Hälfte der Bevölkerung - und zwar in den Kleinstädten sowie in den Dörfern der mittleren Entwicklungsstufe - zugehört, soll bis 1995 folgen; die dritte Kategorie schließlich, also das wirtschaftlich rückständige Restviertel, folgt dann - dieser Planung nach - innerhalb einer nicht genau bestimmten Frist. Bis zum Jahre 2000 dürfte es demnach immer noch eine große Zahl von Analphabeten geben, deren Zahl sich allerdings nicht mehr mit den 235 Millionen vergleichen läßt, die noch bei der Volkszählung vom Juli 1982 festgestellt wurden.

Da allerdings rd. die Hälfte aller Analphabeten in den Gebieten der "dritten Kategorie" lebt, dürfte die Rate der Wenmang ("Buchstabenblinden") auch bis zum Jahre 2000 kaum unter der 180-Millionen-Grenze liegen. Dieses Ergebnis geht von zwei Prämissen aus, nämlich erstens der Annahme, daß bis zur Jahrhundertwende ein Drittel der heutigen Analphabeten gestorben sind, so daß von den "alten Analphabeten" (wie sie bis 1982 ermittelt wurden) noch 160 bis 170 Millionen leben.

Unterstellt man zweitens, daß in den Gebieten der "dritten Kategorie" nur jedes vierte Kind nicht zur Schule geht, so kämen für den Zeitraum 1983 rd. 22 Millionen "neue Analphabeten" hinzu, so daß man im Endeffekt mit einer Gesamtquote von zwischen 180 und 190 Millionen Analphabeten rechnen müßte. Dieses deprimierende Ergebnis könnte nur dann verbessert werden, wenn es gelänge, im Wege der Erwachsenenbildung Wunder zu wirken.

In einer bäuerlichen Umgebung kann sich China diesen Rückstand zwar leisten, nicht jedoch in einem industriellen Ambiente. Dies war offensichtlich auch der Grund dafür, daß die Reformen inzwischen dem Berufsschulwesen das Hauptaugenmerk schenken. Seit Anfang der achtziger Jahre werden Fachmittelschulen (für Techniker der mittleren Ebene), landwirtschaftliche Mittelschulen und Berufsmittelschulen (für Facharbeiter) aufgebaut. Nach den Reformbeschlüssen von 1985 soll die Schülerzahl dieser dreifach berufsbezogenen Richtungen bis 1990 genauso hoch sein wie die der allgemeinbildenden Sekundarschulen. Damit wäre dann das "schwächste Kettenglied" des chinesischen Bildungssystems beseitigt. Sogar an den Hochschulen sollen künftig mehr Studenten auf jene Spezialfächer angesetzt werden, in denen von seiten der staatlichen Betriebe Nachfrage herrscht, wie Industriemanagement, Finanzwesen, Statistik, Verwaltung, Englisch, Maschinenbau, Architektur, Elektronik, EDV usw.

Allerdings fährt das chinesische Berufsschulwesen nicht auf zwei Schienen, wie beispielsweise das der Bundesrepublik Deutschland, wo die praktische Unterweisung von Betrieben und Kammern und die theoretische Ausbildung von den Berufsschulen übernommen wird, sondern lediglich auf einem Geleis. Gemäß dem in der UdSSR entwickelten "polytechnischen" System werden Theorie und Praxisvermittlung allein den Fachschulen anvertraut, wobei allerdings praktisches Dazulernen durch Mitarbeit in den Betrieben keineswegs ausgeschlossen ist.

Trotz dieser starken Betonung der praktischen Seite dürfte aber das traditionelle Literatenerbe dafür sorgen, daß das Pendel der Neigungen immer wieder zur "Generalisten"-Ausbildung zurückschwingt. Dieses Tauziehen ist nach Lage der Dinge auch i.J. 2000 alles andere als beendet. Stets wird die chinesische Führung bemüht sein, ein "Gleichgewicht" zwischen allgemein- und fachbildenden Schulzweigen zu wahren.

Für den Zeitraum von 1985 bis 2000 gibt es inzwischen einen umfassenden Plan, der folgende Ziele vorsieht: Jedes Jahr soll es an den Grundschulen zwanzig Millionen Neuzugänge und zwanzig Millionen Abgänger - im Verlauf der sechs Volksschuljahre also insgesamt jeweils 120 Millionen Schüler - geben.

Wenigstens die Hälfte aller Volksschulabgänger soll eine dreijährige Berufsschule, der Rest die Zhuzhong, also die "Untere Mittelschu-

le", besuchen - jeweils also etwa zehn Millionen.

Von diesen wiederum sollen sechs Millionen auf weiterführende Technische Schulen und die restlichen vier Millionen auf die Gaozhong, also die "Obere Mittelschule", gehen.

Von den letzteren wiederum sollen drei Millionen ein zweijähriges College- und eine Million ein reguläres Vier-Jahres-Hochschulstudium absolvieren.

Um diesen Plan zu verwirklichen, wird China 22 Millionen Lehrer und ein Budget von ungefähr 100 Mrd. Yuan benötigen - elfmal so viel wie 1985, wobei die Erwachsenenbildung noch nicht einmal mitgerechnet ist.

Bis zum Jahre 2000 sollen ferner sämtliche Kader einen Collegeabschluß nachweisen. Nach dem Jahr 2000 sollen dann sämtliche "Werkstätigen" Zugang zu höherer Bildung erhalten (22).

Nach dem Abschluß der Hochschulbildung nehmen die meisten Absolventen eine Stellung in der Industrie oder in der Verwaltung an. Eine kleine Auslese jedoch läßt sich für das Postgraduiertenstudium einschreiben, vor dem wiederum eine Prüfungshürde aufgebaut ist - wie überhaupt das ganze Schulsystem in China ein einziges Hürdenlaufen ist, bei dem die Hindernisse in der Regel weitaus höher gesteckt sind als irgendwo in Europa. Aus den Postgraduierten rekrutiert sich später das künftige Lehr- und Forschungspersonal.

Das 6:3:3:4-System (sechs Jahre Volksschule, drei Jahre Untere und drei Jahre Obere Mittelschule, vier Jahre Hochschulausbildung) wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch i.J. 2000 noch in Geltung sein - und nicht nur deshalb, weil China nach langem Experimentieren sich dazu durchgerungen hat, das System i.J. 1985 einzuführen, sondern auch deshalb, weil es der Standard-Studiengang in allen vergleichbaren Ländern Asiens - von Japan über Taiwan bis Korea - ist und übrigens auch das Studium in den USA bestimmt.

Die Forschung wird in China heute hauptsächlich von fünf Institutionen getragen, nämlich den drei Kategorien von Akademien ("Akademie der Wissenschaften" für Naturwissenschaften, "Akademie der Gesellschaftswissenschaften" und "Fachakademien" für Medizinwesen, Aeronautik etc.), zweitens von den Hochschulen, vor allem den Schwerpunkt (Elite)-Hochschulen, drittens von den einzelnen Ministerien, viertens von den lokalen "Vereini-

gungen für Wissenschaft und Technik", die sich als eine Art Sammelbecken professioneller und Amateurwissenschaftler herausgebildet haben, und fünftens von verschiedenen Einrichtungen der VBA (Armee). Da sich die VBA freilich in zunehmendem Maße dazu aufgerufen sieht, nicht nur militärische, sondern einen immer größeren Anteil von zivilen Gütern zu produzieren, dürfte die Militärforschung immer mehr mit der Zivildforschung zusammenfließen und damit an Eigenprofil verlieren. Eine solche Entwicklung wäre durchaus im Einklang mit der generellen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Abwertung, wie sie die VBA im Zuge der "Renormalisierung" (dazu Teil III der Serie, C.a., Oktober 1985, S. 699) hinnehmen muß.

Ansonsten aber dürfte die Forschung bei den heutigen Institutionen verbleiben. Allerdings dürfte es mehrere Metamorphosen geben, die als Antwort auf sechs Hauptmängel gedacht sind:

Um erstens die Loslösung der Forschung von der Praxis zu überwinden, wird es in Zukunft mehr honorarpflichtige Auftragsforschung zwischen Betrieben und beratenden Forschungsinstitutionen geben. Um die Einmischung der Verwaltungsbürokratie in wissenschaftliche Prozesse zu umgehen, erhalten die Institute mehr Autonomierechte, die sich von höheren Fonds bis hin zu Vermarktungsmöglichkeiten erstrecken. Auch sind bereits Industrieparks im Entstehen, so z.B. das "chinesische Silicon Valley" im Kreis Haidian, nordwestlich von Beijing.

Dem Kampf gegen die Immobilität des ohnehin knappen Forschungspotentials soll ein neues Einstellungs- sowie ein flexibleres Versetzungssystem dienen. Der mangelnden Motivation vieler Wissenschaftler soll durch bessere Gehälter, Auslandsreisemöglichkeiten und Prämien nachgeholfen werden. Um ferner das Nachhinken der Grundlagenforschung gegenüber der angewandten Forschung auszuschalten, soll ein Nationaler Wissenschaftsfonds entstehen, dessen Aufgabe hauptsächlich in der Förderung der Grundlagenforschung besteht. Dem Nachwuchsmangel soll - sechstens - durch eine Förderung des Berufsschulwesens und der Fachausbildung an den Hochschulen abgeholfen werden (23).

All diese neuen Richtlinien, die zwischen 1984 und 1985 ausgegeben wurden, dürften bis zum Jahr 2000 zur Entfaltung gekommen sein - und zwar nicht deshalb, weil die Regierung es so will, sondern weil es sich hier um Richtlinien handelt, die sich als praktikierbar erwiesen ha-

ben, und weil sie im übrigen auch jenen Erfahrungen nahekommen, wie sie in vergleichbaren Wissenschaftseinrichtungen der Industrieländer sich bewährt haben.

Trotz zahlreicher Fortschritte ist der Nachholbedarf im Ausbildungs- und Wissenschaftsbereich jedoch nach wie vor gewaltig. Nach der letzten Volkszählung gab es in China am Stichtag des 1. Juli 1982 4,4 Millionen Personen mit Hochschulabschluß (und weitere 1,6 Millionen, die damals noch studierten oder die Hochschule ohne Abschluß verlassen hatten); 66 Millionen hatten eine Obere Mittelschule, 177 Millionen eine Untere Mittelschule und 354 Millionen eine Volksschule abgeschlossen. Auf 10.000 Einwohner trafen nur 11,4 Hochschüler (zum Vergleich: Indien 58,4, UdSSR 106, Japan 210 und USA 507).

Da an den 715 Hochschulen des Landes, deren Zahl sich bis zum Jahr 2000 allerdings um etwa ein Drittel erhöhen dürfte, immer nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Studenten ausgebildet werden kann, rechnet die offizielle Prognose mit "über zehn Millionen Aspiranten und Hochschulabsolventen" i.J. 2000. Bei 1,2 Milliarden Menschen wäre dies immer noch ein Anteil von weit unter einem Prozent der Bevölkerung. Auf 10.000 Einwohner träfen dann auch i.J. 2000 nur rd. 100 "Akademiker".

Weiterhin soll sich die Gesamtzahl der "Wissenschaftler und Techniker" i.J. 2000 von 6,85 Millionen i.J. 1983 auf rd. 9,3 Millionen erhöht haben - auch dies ein Minusrekord, wenn man Vergleiche mit anderen Ländern anstellt.

Trotzdem braucht China nicht pessimistisch zu sein. Es ist ihm in wenigen Jahren gelungen, in Spitzentechnologien vorzustoßen und Entwicklungszeiträume schrumpfen zu lassen. Hatten die USA für die Entwicklung von der Kernspaltbombe zur Kernfusionsbombe sieben Jahre und die Sowjetunion vier Jahre benötigt, so gelang Beijing die Explosion einer Wasserstoffbombe innerhalb eines Zeitraumes von nur drei Jahren nach Zündung der ersten A-Bombe. Ähnlich schnell vollzog sich die Entwicklung bei den Trägerwaffen. Neben dem Bau von Atomwaffen und Raketen gelang den Chinesen der Start von Erdsatelliten, der praktische Einsatz von radioaktiven Isotopen in Industrie und Landwirtschaft, die Insulinsynthese, eine ganze Reihe aufsehenerregender Erkenntnisse im medizinischen Bereich, die Herstellung von Bodenstationen für Nachrichtensatelliten, der Bau von fortschrittlichen Computern und ein Einbruch in Teilgebiete der Gentechnik. Viele jener Apparaturen,

die westlichen Wissenschaftlern "frei Haus" geliefert werden, mußten sich die chinesischen Forscher in mühevoller Kleinarbeit erst selbst zusammenbasteln. Kein Gebiet, auf dem China heute nicht mit größter Intensität den Vorsprung anderer Länder einzuholen versuchte, ob es nun die Laser- oder Plasmaphysik, Weltraumtechnik oder Teilchenphysik ist. Überall ist China für Überraschungen gut. Kein Zweifel, daß es zumindest in einigen Teilbereichen bis zum Jahre 2000 ganz an der Spitze mitforscht.

Beim Achtjahresplan von 1978 bis 1985 dominierten acht Schlüsselgebiete, nämlich Landwirtschaft, Energie, neue Werkstoffe, Datenverarbeitungs- sowie Nachrichtentechnik, Lasertechnik, Weltraumphysik, Hochenergiephysik und Gentechnik. Diese Sparten sollen auch bis zum Jahr 2000 im Vordergrund stehen, ergänzt durch Ozeanographie und "Astronavigation" (24).

#### 2.2.4.

##### Die Umwelt i. J. 2000

China gehört zu den ökologisch mit am schwersten angeschlagenen Ländern der Dritten Welt. 1979 erging zwar bereits ein Umweltschutzgesetz; doch haben die Probleme bisher noch nicht entscheidend eingedämmt werden können. Dies hängt einmal damit zusammen, daß rd. 70% der Energie mit Kohle erzeugt werden. Des weiteren haben hohe Siedlungskonzentrationen in den Industriegebieten zur Grundwasserverschmutzung beigetragen. Abholzungsaktionen im Nordwesten - und nicht zuletzt im ökologisch ohnehin so gefährdeten Xinjiang (Teileinschlag der Auenwälder im Bereich des Tarimflusses) - haben zu einem raschen Fortschritt der Desertifikation geführt. Nicht zuletzt auch ist eine Zeitlang mehr an Holz eingeschlagen als wiederaufgeforstet worden.

Die weltweit beklagten Umweltschäden wie saurer Regen, Kohlendioxidemissionen, Bevölkerungsexplosion und extreme Inanspruchnahme der Rohstoffe sind in China in solcher Konzentration vorhanden, daß manche Beobachter (25) bereits eine ökologische Katastrophe heraufziehen sehen.

Auch das "Gutachten" ist sich der chinesischen Unzulänglichkeiten bewußt und bringt hierfür noch einige zusätzliche Angaben: China sei ein schwachbewaldetes Land; während die Gesamtoberfläche der Welt i.J. 1981 beispielsweise zu 31,3% bewaldet war, kamen auf China nur 12% Waldanteil. Auch das Pro-Kopf-Vorkommen an Wasservorräten pro Jahr (2.700 cbm) habe weit unter dem Weltdurchschnitt gelegen. Zwar verfüge China über

130 Mio. ha Ackerland und 220 Mio. ha Weideland, doch verursache die Bodenerosion jährlich immer noch einen Verlust von rd. 5 Mrd. t Erde.

Die offiziellen Vorsätze sind zweifellos gut und richtig. Sechs "Prinzipien" stehen im Vordergrund, nämlich Gleichzeitigkeit von Produktion und Umweltschutz, Verhinderung an erster Stelle, umfassendes Recycling, Störerprinzip, ökologische "Massenlinie", Kombination von Anreizen und Strafen.

Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit die Theorie in Praxis umgesetzt wird. Die Pläne hierfür sind durchaus konkret: Bis zum Jahr 2000 sollen Forsten (Anpflanzung einer "Großen Grünen Mauer" gegen die aus dem Nordwesten vordringende "Verwüstung") und Weideland 18% der Gesamtfläche des Landes bedecken. Außerdem soll die Rauch-, Staub- und Schwefeldioxidemission merklich zurückgehen; Hunderte von "Methoden" seien dafür bereits entwickelt worden. Auch werde bis zum Jahr 2000 die Zahl der durch unsauberes Wasser verursachten Darminfektionskrankheiten um 30% abnehmen (26).

Entwicklung und Ökologie seien im Gleichgewicht zu halten. Zunächst freilich müsse man die Wirtschaftsentwicklung auf Kosten der Ökologie vorantreiben, doch langfristig habe dann wieder die Ökologie den Vorrang. Die Strategie für die nächsten Jahre lautet daher: "Die Ausbreitung der Verschmutzung unter Kontrolle halten und schwerpunktmäßig die Umwelt verbessern". Dies ist eine hübsche Umschreibung für die Tatsache, daß man in den achtziger Jahren den Aufbau für wichtiger hält als die Umwelt. Erst in den neunziger Jahren solle dann unter Einsatz fortschrittlicher Techniken die "allseitige Sanierung der Umwelt" planmäßig und schrittweise in Angriff genommen werden.

"Global 2000" traut der VR China die Fähigkeit zu, dem allgemeinen Rückgang der Forsten ein Ende zu setzen. Während die Waldfläche in Süd- und Südostasien bis 1990 verglichen mit 1980 um 34% geschrumpft sein werde, könne man in China sowie in den beiden Koreas aufgrund permanenter Aufforstungsmaßnahmen mit einem Nettozuwachs von 4% rechnen (27).

### 3. Treibsätze und Bremsen

#### 3.1. Aktivposten auf dem Marsch in die Zukunft

Die Voraussetzungen für das Gelingen der Vervielfachungspläne sind auf den ersten Blick nicht schlecht: China verfügt über fast alle Roh-

stoffe, die in der modernen Industrie gebraucht werden. Lediglich Eisen- und Kupfererze müssen in bescheidenem Umfang eingeführt werden. Im Hinblick auf die Energieerzeugung ist reichlich Kohle- und Wasserkraftpotential vorhanden. Ferner glaubt man damit rechnen zu können, daß die Landwirtschaft bis zum Jahr 2000 pro Kopf ca. 400 kg Getreide erzeugen kann - die neue Mechanisierungs-, Chemisierungs-, Bewässerungs- und Diversifizierungspolitik macht es möglich. Ein langfristiges Entwicklungsprogramm des Staatsrats für die Nahrungsmittelindustrie sieht vor, den Gesamtwert dieses Zweigs bis zum Jahr 2000 auf 300 Mrd. Yuan zu erhöhen, während er 1982 nur 75 Mrd. Yuan betrug.

Positiv schlagen ferner die immerhin bereits 400.000 Industriebetriebe, die Wissenschaftserfolge, die soziale Stabilität und der gute internationale Ruf Chinas bei Kooperationsprojekten alle Art zu Buch - nicht zu vergessen auch das als Wirtschaftslokomotive dienliche metakonfuzianische Wertesystem. Günstig ist es schließlich noch um die unten (4.) näher zu erläutern den vier Dynamisierungsprozesse bestellt.

### 3.2. Probleme des "Gleichgewichts"

So weit die Positiva. Die Negativbilanz wird vor allem durch fortbestehende "Ungleichwichte" und durch den Mangel an Fachkräften bestimmt. Auch dürften die vier heutigen Schwachstellen i.J. 2000 nach wie vor weiterbestehen - davon geht auch das "Gutachten" aus.

Durch die "stalinistische" Wirtschaftsplanung in den fünfziger und sechziger Jahren ist eines jener Übel entstanden, das von den Reformern als Hauptkrankheit der Wirtschaft diagnostiziert wurde - das Ungleichgewicht, das sich zwischen Leicht- und Schwerindustrie, zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Schwerindustrie und Energie/Transportwesen usw. zeigte. Was z.B. das Verhältnis zwischen Leicht- und Schwerindustrie angeht, so war es in der vorreformistischen Zeit stets aufs schwerste zuungunsten der Leichtindustrie verzerrt. Nachdem die Relationen im Zeichen des 6. Fünfjahresplans wieder etwas ausgeglichener gestaltet worden waren, strebt man jetzt für das Jahr 1990 ein Verhältnis von 48:52 (Leicht-:Schwerindustrie) und i.J. 2000 ein solches von 45:55 an. Die Schwerindustrie behält also nach wie vor Priorität. Ein besonders hohes Wachstum ist für die zum Schwerindustriesektor rechnende Elektronikindustrie angesetzt - ebenso wie für Glasfaserkommunikation, Laser, neue Werkstoffe und Atomkraft, also für Pro-

dukte, die jährlich zwischen 13 und 20% wachsen sollen.

Im Verhältnis zwischen Industrie, Dienstleistungssektor und Landwirtschaft sind ebenfalls "Modernisierungs"-adäquate Korrekturen vorzunehmen.

Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt wird i.J. 2000 auf etwa 20% sinken, derjenige der Dienstleistungen aber wird bis dahin (von 16% i.J. 1980) auf 26% gestiegen sein.

Die restlichen 54% werden von der Industrie bestritten.

Was die Beschäftigtenzahl angeht, so soll der Anteil der Landwirtschaft von ca. 75% (1985) auf rd. 33% sinken, während die Zahl der Industriearbeiter sich verdoppeln, die der Dienstleistungsbeschäftigten sogar verdreifachen soll.

Gleichgewichtsgesichtspunkte spielen bezeichnenderweise auch bei den Finanzen eine ausschlaggebende Rolle. Das "finanzielle Gleichgewicht" gilt als "Garant für die Wirtschaftsreform". Defizite im Staatshaushalt, wie sie beispielsweise 1984 in Höhe von immerhin 5 Mrd. Yuan auftraten, sind deshalb für die Finanzplaner Anlaß zu ernster Gewissensforschung. Man glaubt dem Problem einerseits durch Korrekturen im nachfolgenden Haushaltsplan, vor allem aber durch eine Intensivierung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums gerecht werden zu können. Ein großzügiges "Deficit-spending" bleibt für die finanziell äußerst konservativ denkende chinesische Führung noch auf lange Zeit ein Tabu - zumindest auf absehbare Zeit.

Ein Infrastrukturproblem, das neben Energie und Transportwesen meist im Schatten steht, ist die düstere Lagerhausituation, die gerade im Zeichen üppiger Ernten besonders spürbar geworden ist. Es ist ja nicht damit getan, daß die Bauern mehr produzieren, sie müssen vielmehr diesen Segen auch transportieren oder zumindest lagern können. Schon sind da und dort kleine "Schweineberge" entstanden, und in Nordostchina verdarb 1985 Getreide, weil es nicht rechtzeitig weggeschafft werden konnte und weil auch nicht genügend Kornspeicher vorhanden waren. Die Kühlagerkapazitäten der Volksrepublik betragen Ende 1984 nur 200.000 t (28).

Auch hier taucht also - an ganz unerwarteter Stelle - ein neues "Gleichgewichts"-Problem auf, wie es auch sonst das gesamte Wirtschaftsgefüge der Volksrepublik durchzieht.

Ein weiteres Ungleichgewicht besteht zwischen Sektoren wie Stahl (oder Chemie) einerseits und Elektrizitäts-, Transport-, Telekommunikations- und Bauwesen andererseits. Diesen vier Schwachstellen der chinesischen Wirtschaft soll bis zum Jahr 2000 ein hoher Anteil am BSP (15% gegenüber 12,7% i.J. 1981) zukommen.

### 3.3. Schwachstellen

#### 3.3.1. Energieengpaß?

An erster Stelle der "Sorgenkinder" steht die Energieversorgung. Die Regierung plant deshalb, entsprechend der allgemeinen Vervielfachung des BPW zwischen 1980 und 2000 auch die Stromerzeugung zu vervierfachen, d.h., die Elektrizitätserzeugung von 300 Mrd. kWh 1980 auf 1,2 Billionen kWh zu steigern. Die Wärmekraftwerke sollen daran mit 900 Mrd. kWh beteiligt sein (1980: 240 Mrd. kWh), die Wasserkraftwerke dagegen mit 200 Mrd. kWh. Die dann noch fehlende Lücke von 100 Mrd. kWh müsse durch Kernenergie geschlossen werden. Die geplanten KKW sollen im Küstenbereich liegen, und zwar vor Shanghai und nahe Guangzhou. Dies hängt mit zwei Überlegungen zusammen: China verfügt über ein Kohlevorkommen von 400 Mrd. t, von denen 60% in Nordchina lagern. Ferner hat das Land die größten Wasserkraftpotentiale der Welt in einer ungefähren Größenordnung von 380 Mio. kW zur Verfügung, die freilich zu 70% im fernen Südwestchina liegen. Ausgerechnet dort jedoch, wo sich die meisten modernen Industrien konzentrieren, nämlich an der Küste, ist weder Kohle noch Wasserkraft vorhanden. Da gegenwärtig nicht weniger als 43% der gesamten Eisenbahn- und 47% der Schiffsfrachten von Kohle bestritten werden, kann auf absehbare Zeit nicht an eine Erhöhung der Zufuhren gedacht werden. Es bleibt also als einziger Ausweg der Bau von Kernkraftwerken, für die genügend Uran aus eigenen Vorkommen zur Verfügung steht. Allein die bis heute verifizierten Uranlagerstätten auf chinesischem Boden reichen aus, um Druckwasserreaktoren mit einer Gesamtkapazität von 15.000 MW dreißig Jahre lang in Betrieb zu halten.

Seit dem Bau des ersten experimentellen KKW i.J. 1958 hat China mehr als zehn Reaktoren verschiedener Art gebaut und in Betrieb genommen. Z.Zt. wird an einem 300-MW-Druckwasserreaktorenwerk in Qinshan/Ostchina gebaut, das ganz allein in chinesischer Regie entsteht. Weitere KKW mit Kapazitäten von 100.000 bis 3 Mio. kW sollen in den nächsten Jahren importiert werden, wahrscheinlich aus Frank-

reich, der Bundesrepublik und den USA.

Das Werk Qinshan (bei Hangzhou) wird i.J. 1988 fertiggestellt sein. Das 1.800-MW-KKW in der Provinz Guangdong soll bis 1990 ans Netz gehen (29).

Es muß aber nicht nur mehr Energie erzeugt, sondern gleichzeitig auch mehr als bisher eingespart werden. Ca. 20% der erzeugten Elektrizität gingen z.B. noch 1985 durch beschädigte E-Leitungen verloren. Außerdem ist der ländliche Energiebedarf bis 1985 schneller gestiegen als erwartet. Ausnutzen aller verfügbaren Quellen (Großkraftwerke, Biogas, Solarenergie, kleine Wasserkraftwerke) und Einsparmaßnahmen - dies sind die von der Regierung empfohlenen Hauptmaßnahmen, die auch i.J. 2000 noch maßgebend sein dürften. Im übrigen arbeitet China angestrengt im Bereich der Plasmaphysik, will also von Anfang an an den wahrscheinlich Mitte des nächsten Jahrhunderts verfügbaren Kernfusionsenergien teilhaben. Die wichtigsten einschlägigen Institute befinden sich in Beijing, Shanghai und in Leshan bei Chengdu (Provinz Sichuan).

Was den Energieverbrauch in der Landwirtschaft anbelangt, so wird er übrigens von "Global 2000" günstiger als der anderer Entwicklungsstaaten angesetzt. China sei "wahrscheinlich erfolgreicher als jedes andere Land gewesen", seine Landwirtschaft mit "einem Minimum an Energiebedarf zu entwickeln" (30). Besonders anerkend wird in diesem Zusammenhang die Errichtung von Biogasanlagen erwähnt, deren Zahl sich bis 1985 immerhin auf rd. 70 Mio. erhöht hatte. Nur Indien, das bis 1990 den Bau von 100 Mio. Biogasanlagen plante, halte hier in der Dritten Welt Schritt, sieht man einmal von Taiwan, Südkorea und Thailand ab (31).

Gerade mit der letzteren Methode werden drei Fliegen auf einen Streich getroffen: Energieerzeugung, Düngemittel-"Erbrütung" und Umweltschonung durch "Verwertung der Abfälle".

Außerdem sehen sich die Bauern aufgefordert, "zwei Schatzhäuser zu bauen", nämlich ein "schwarzes unter der Erde und ein grünes über der Erde" - mit dem schwarzen Schatzhaus sind Kohle und Erdöl gemeint (32).

Dieser bäuerliche Beitrag kann übrigens gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Waren doch die lokalen Kohlezechen in einem Jahr wie 1984 mit einem Ertrag von 370 Mio. t Kohle an der gesamtatio-

nalen Kohleproduktion mit immerhin 49% beteiligt! Die rd. 48.000 Kleinzechen sind über mehr als 1.200 Kreise verstreut und werden z.T. von Kollektiven, manchmal sogar von Einzelunternehmen betrieben (33).

### 3.3.2. Transportengpaß?

Nach dem "Gutachten" sollen bis zum Jahr 2000 30.000 bis 40.000 km Eisenbahnstrecken neu hinzukommen, so daß das gesamte chinesische Netz dann 80.000 bis 90.000 km umfaßt, davon 25-30% zweispurig.

Das Straßennetz soll bis zur Jahrhundertwende auf 1,5-2 Mio. km ausgedehnt werden. In den Hochseehäfen soll es bis dahin 1.000 Kais geben, darunter 700 Tiefwasserkais. Für den Inlandswassertransport sollen 10.000 km verfügbar sein.

Darüber hinaus soll es bis 1990 2.000 km Autobahnen geben, deren Länge sich bis zur Jahrhundertwende möglicherweise noch verdoppeln oder verdreifachen wird - aber auch dies wäre noch lange kein entscheidender Durchbruch.

Der Personenverkehr soll gegenüber 1980 um das 4,3-4,9fache ansteigen, der Frachttransport um das ungefähr 2fache. Diese Angaben bestätigen die oben vorgebrachte These von der Danwei-stabilisierten "Immobilität".

Auch ein "Paradies des Privatautos" wird China im Jahre 2000 ganz bestimmt nicht sein - und sollte es vernünftigerweise eigentlich nie werden. Über diese Tatsache dürfen auch die Zuwachsraten nicht hinwegtäuschen, die heutzutage von den Verantwortlichen immer wieder angekündigt werden. Nach Angaben von Ministerpräsident Zhao Ziyang soll die Produktionszahl von gerade 300.000 Stück (1984) bis 1990 verdoppelt und dann in den 10 Jahren bis zur Jahrhundertwende noch einmal verdoppelt werden, so daß es dann 1,2 Mio. Stück wären: Ein gewaltiger Aufschwung zwar, wenn man bedenkt, daß China mit der Autoherstellung überhaupt erst 1956 begonnen hat, dagegen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, wenn man diese Zahl etwa mit der japanischen Produktion im gleichen Jahr vergleicht, die das 10fache betragen hat oder aber wenn man das Angebot mit der riesigen Nachfrage des chinesischen Marktes vergleicht. Angesichts dieser Lücke sah sich die Volksrepublik auch gezwungen, ausländische Firmen als Partner mit heranzuziehen.

Die oben genannten Zahlen umfassen Pkws und Lkws. Die erste Kategorie liegt bei der bescheidenen Jahresproduktion von 5.000 (1985).

Doch schon 1990 sollen es 300.000 Stück sein, davon 100.000 Stück aus dem VW-Joint-Venture (34). Die Schere zwischen Lkw- und Pkw-Produktion wird sich dann bis zum Jahr 2000 langsam schließen. Doch wird auch dann der Pkw im wesentlichen ein Funktionärsauto bleiben, selbst wenn Anfang 1985 einige in Polen produzierte Kleinwagen schon an Privatpersonen verkauft wurden. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel. Der "Sättigungsgrad" träte in China sehr schnell ein. Zieht man hierbei einmal die Bundesrepublik zum Vergleich heran, so werden schnell Beschränkungen sichtbar. Dem Straßenverkehr des Bundes stehen 480.000 km zur Verfügung, davon 7.300 km Autobahnen, der Rest Bundesstraßen (1.1.1980). Zur gleichen Zeit lag die Zahl der zugelassenen Pkws bei 22 Mio. - 1985 waren es ungefähr schon 30 Mio.

Das chinesische Straßennetz beträgt demgegenüber 907.000 km (1984), ist also nicht einmal doppelt so groß wie das der kleinen Bundesrepublik, die ja nur ein Vierzigstel der chinesischen Territoriumsfläche umfaßt. Führe nur jeder 50. Chinese einen Pkw, wären bereits die Dichteverhältnisse der Bundesrepublik erreicht! Man stieße also schnell auf eine Toleranzgrenze für Mensch, Umwelt und Rohstoffvorräte - von den Infrastrukturproblemen gar nicht zu reden.

Die eben durchgeführte Überlegung bezieht sich auf das Jahr 1985, läßt sich aber auch für das Jahr 2000 anstellen: Seit 1949 hat die Volksrepublik durchschnittlich pro Jahr 26.000 km neue Straßen gebaut. Setzte sie dieses Tempo bis zum Jahre 2000 fort, so kämen weitere 390.000 km hinzu, so daß das Land dann über 1,3 Mio. km Straßen verfügte. Die Toleranzgrenze läge in diesem Fall - immer den Vergleich mit der Bundesrepublik unterstellt - bei jedem 30. Chinesen als Autobesitzer. Sollte China gar den Autobesitz der Bundesrepublik nach dem Stand von 1981 (nämlich 385 Pkw pro tausend Einwohner) erreichen, so wäre die Volksrepublik mit sage und schreibe 380 Mio. Pkw überschwemmt!

Hier werden Kapazitätsgrenzen sichtbar! China wird also gut daran tun, bei der Personenbeförderung künftig nicht auf das Privatauto, sondern auf Eisenbahn und Busse zu setzen - im übrigen aber die bisher geübten Beschränkungen in der Freizügigkeit beizubehalten. Bekanntlich gibt es auch in der neuen chinesischen Verfassung von 1982 unter all den anderen "Grundrechten" keine Freizügigkeit! Diese Tendenz zum Stationären wird zusätzlich noch begünstigt durch die Danwei-Struktur.

Das "Gutachten" schlägt vor, daß für das Transportwesen i.J. 2000 17-18% der gesamten staatlichen Investitionen veranschlagt werden (35).

### 3.3.3.

#### Das Rentensyndrom

Eine nicht unbeträchtliche Belastung, mit der sich die chinesische Volkswirtschaft i.J. 2000 herumzuschlagen hat, sind die heute noch kaum geregelten Pensions- und Rentenfragen. Bisher wird die Sozialpolitik ja fast ausschließlich nach dem Danwei-Prinzip durchgeführt; d.h., die Betriebe haben für die Renten der Arbeiter und Angestellten aufzukommen. Nirgends existiert ein landesweiter Arbeitsversicherungs fonds. I.J. 2000 wird es etwa 34 Millionen Staatspensionäre mit einer Gesamtpensionssumme von 3 Mrd. Yuan geben - von den in Individual- oder Kollektivbetrieben Beschäftigten, die nach mehreren Hundertmillionen zählen, gar nicht zu reden. Auch das Problem der dynamischen Rente ist alles andere als gelöst. Wahrscheinlich leistet sich hier China einen ähnlichen "Urlaub von der sozialen Frage" wie das hochindustrialisierte Japan. Man glaubt offensichtlich, sich in der Versorgung der Pensionäre noch weitgehend auf traditionelle Strukturen verlassen zu können, also die Sozialpolitik noch nicht entpersonalisieren zu müssen. Bezeichnenderweise schweigt auch das "Gutachten" zu diesem Fragenkreis.

## 4.

### Die weitere Konsolidierung der vier Grundvoraussetzungen für Wachstum und Modernisierung

Die offiziellen "Vervierfachungs"-Erwartungen lassen sich nur erreichen, wenn eine Reihe von institutionellen Änderungen gelingt, die dafür sorgen, daß die bisherigen Erfolge keine Eintagsfliegen bleiben, sondern kontinuierlich fortgesetzt werden. Es kommt darauf an, daß jene Haupthürden niedrigerissen werden, die der Entwicklung bis 1978 im Wege gestanden haben, nämlich zentralstaatlicher Dirigismus, einseitige Betonung gewisser "Kettenglieder" (Stahl, Getreide), Politisierung ökonomischer Entscheidung und Bekämpfung "feudalistischer" und "bourgeoiser" Orientierungen.

Worauf es statt dessen ankommt, ist Dezentralisierung, Diversifizierung, "Waren"-Bildung und Renormalisierung im Sinne einer Wiederanerkennung gewisser metakonfuzianischer Werte.

Diese vier Prozesse sind auf dem besten Wege, bis zum Jahr 2000 ihren Zenit zu erreichen.

## 4.1.

### Dezentralisierung

#### 4.1.1.

##### Betriebliche Dezentralisierung

Die neue, seit dem 10-Punkte-Beschluß vom Oktober 1984 offiziell abgesegnete Betriebsautonomie kommt am allermeisten den Privatunternehmen zugute, da die großen Staatsbetriebe, z.T. aber auch die Kollektivbetriebe, noch auf absehbare Zeit enger in das Planungs- und Zirkulationsnetz des Staates eingebunden bleiben. Vor allem die großen Staatsbetriebe, die ihr Soll unmittelbar von den Ministerien vorgeschrieben bekommen, haben nach wie vor relativ wenig Handlungsfreiheit. Der Direktor ist hier Repräsentant des Staates, während er bei den Kollektivbetrieben die Genossen vertritt. Sein wirklich eigener Herr ist nur der Privatunternehmer, der sich in seiner Rolle durch die inzwischen abgegebenen staatlichen Bestandsgarantien für Privatunternehmen noch zusätzlich bestärkt fühlen darf.

Die Staatsbetriebe verfügen, um dies nochmals zu betonen, über verhältnismäßig wenig Eigenspielraum, da sie zumeist Befehlsplänen unterworfen sind und da sie deshalb auch wenig in der Gewinn- und Verlustfrage ausrichten können.

Die großen und mittleren Kollektivunternehmen haben demgegenüber im wesentlichen nur noch Leitpläne zu befolgen, so daß es hier schon weitaus mehr auf die Tüchtigkeit und Initiative des Managements ankommt.

Privatunternehmen schließlich sind fast ganz auf sich gestellt und haben sich im Wettbewerb zu behaupten. Gutes Management ist hier Überlebensbedingung - und Voraussetzung für die Gewinnchancen-Maximierung.

Soweit allerdings nicht wirkliche Privatpersonen, sondern die Funktionäre von Partei- und Regierungsorganisationen als Unternehmer tätig werden, geraten sie schon heute ins Schußfeld der Kritik; verquickten sie doch in ganz unzulässiger Weise Macht und Gewinnstreben sowie Administration, Produktion und Handel. Erst im März 1985 wurden zwei Wirtschaftsunternehmen geschlossen, die von zwanzig Kadern aus Partei-, Regierungs- und Armee-Einheiten gegründet worden waren und die ihre Stellung dazu benutzt hatten, Mangelgüter, wie z.B. Fahrzeuge und Stahl, illegal zu veräußern und dabei außergewöhnlich hohe Gewinne zu erzielen (36). Produktion und Handel sollen in Zukunft also nach Möglichkeit entweder echten Betriebsleitern überlassen werden oder aber Privatunternehmern.

Ferner pochen Unterfirmen zunehmend darauf, daß sie von ihren Oberfirmen nicht mehr so streng an die Leine gelegt werden. Vor allem Konzerne aus Shanghai hatten noch Ende 1984 versucht, ihren Unterfirmen Bedingungen zu diktieren, die mit den neuen Autonomieregelungen nicht mehr vereinbar sind, sei es nun in Form von Gewinnbescheidung oder aber durch Intervention in Personalfragen.

Alle Signale deuten also in Richtung Eigeninitiative, m.a.W. also auf "weniger Staat" in betriebswirtschaftlichen Belangen. Die betriebliche Eigeninitiative wird noch durch zwei weitere reformerische Parolen unterstützt, nämlich "sich auf die eigene Kraft zu stützen" und "nicht aus demselben großen Topf zu essen".

Jedes Privatunternehmen, das eine gültige Lizenz sowie Kreditwürdigkeit besitzt, kann neuerdings auch Kredite von der Industrie- und Handelsbank erhalten, die sich eine Abteilung eigens für die Bedienung von Privatunternehmen zugelegt hat. Durch die "Vorschriften über Kreditverträge" vom 1. April 1985 ist die Rolle der Banken bei der volkswirtschaftlichen Globalsteuerung weiter gestärkt und gleichzeitig das Verhältnis zwischen Kreditgebern und Kreditnehmern näher fixiert worden.

Inzwischen gibt es auch eine Verzinsung für Termineinlagen von Unternehmen sowie Jahreszinsen für Produktions- oder Investitionskredite.

Die finanzielle Seite der Betriebsautonomie wird aber nicht nur durch Kredite, sondern auch durch flexiblere Anreizmethoden gestärkt. So dürfen z.B. die Anlagen künftig schneller abgeschrieben und sollen Innovationen durch steuerliche Vergünstigungen honoriert werden.

#### 4.1.2.

##### Regionale Dezentralisierung

Im Zuge der Dezentralisierung kommt es nicht nur zur Herausbildung der Betriebs-, sondern auch einer Art Regionalautonomie. China ist kein "Schachbrett" mehr, auf dem die Beijinger Bürokratie ihre Figuren hin- und herschiebt, sondern eine Vielheit von sozioökonomischen Einheiten, die miteinander nach hauptsächlich wirtschaftlichen Gesichtspunkten in Verbindung treten oder miteinander konkurrieren. Seit 1984 gibt es die "14 Küstenstädte", die ihre "Tore geöffnet" haben und die ihre Hauptaufgabe künftig darin sehen sollen, einerseits mit dem Ausland und andererseits mit ihrem jeweiligen Hinterland zu kooperieren und dabei den Modernisierungsprozeß voran-

zutreiben. Außerdem wurden inzwischen drei Deltagebiete eröffnet, nämlich am Unterlauf des Yangzi, am Unterlauf des Perflusses und im Bereich von Xiamen (Amoy).

Da die wohlhabenden Küstenstädte jedoch in erster Linie auf ihr eigenes Wohl bedacht sind, kommt es zu einem immer stärkeren Gefälle zwischen Ost- und Westgebieten oder, wie es manchmal heißt, zwischen "Erster" und "Dritter Front".

Diese Gefälle sind eine typische Folge der Neubetonung des Leistungskriteriums sowie der Basisinitiative. Abstufungen gibt es sowohl bei den einzelnen Regionen als auch bei den Haushalten:

- In den rd. 2.000 Kreisen Chinas gelten 200 als arm - sie alle liegen bezeichnenderweise im Nord- oder Südwesten.

- Außerdem hat das Ministerium für Zivilverwaltung festgestellt, daß es im ganzen Land 70 Mio. "arme" Bauernhaushalte gibt - dies sind immerhin 8% der ländlichen Bevölkerung, die ebenfalls zum größten Teil im Hinterland angesiedelt sind.

Wie nun werden die Begriffe "wohlhabend" und "arm" gemessen? Als "wohlhabend" gelten Haushalte, die ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von über 500 Yuan haben. Die chinesischen "Millionäre" heißen "10.000-Yuan-Haushalte". Die normalen Haushalte verfügen demgegenüber über ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen zwischen 200 und 500 Yuan - sie machen 60% der ländlichen Haushalte aus. "Arm" schließlich sind solche Haushalte, die jährlich weniger als 200 Yuan verdienen (37).

Wichtige Dezentralisierungsansätze tauchen ferner in Form der neuentstehenden "Kleinstädte" (chen) auf, die das Ergebnis der Renaissance alter Marktzentren in neuem Gewande sind (Näheres dazu C.a., Oktober 1985, S. 700 f.).

#### 4.1.3. Folgeerscheinungen der Dezentralisierung

##### 4.1.3.1. Leistungsbedingte Gefälle

Nach dem Willen der Reformer soll im chinesischen "Sozialismus" nur noch die Makrowirtschaft zentral gesteuert, die Mikrowirtschaft aber zu maximaler Eigeninitiative nach Marktgesichtspunkten angehalten werden. Man ist zu der Erkenntnis gekommen, daß das volkswirtschaftliche Potential nur dann voll auszuschöpfen ist, wenn jeder einzelne Bestandteil, sei es nun ein Individuum oder aber eine Danwei, Eigeninitiative an den Tag legt.

Diese Entfaltungsfreiheit hat freilich auch ihre Kehrseite: Es kommt zu unterschiedlichen leistungsbedingten Gefälleestufen zwischen Regionen, Danweis und Einzelpersonen und es sind Klagen zu erwarten über Preiserhöhungen, über behördliche Einmischungsversuche und vor allem über die Partizipationsfeindlichkeit der Bürokratie - von den zwischenzeitlich mit Erstaunen vermerkten Studentendemonstrationen gar nicht zu reden. Doch weiß die Führung recht wohl, daß sie nicht einfach zu den alten administrativen Methoden zurückkehren kann, daß sie vielmehr den "Dialog" zu führen hat. Vielleicht führt dieser Sachzwang zu einer Entwicklung in Richtung "Massenlinie", wie ihn die vorreformerische Führung nie erreicht hat, obwohl sie das Wort "Massenlinie" dauernd auf den Lippen führte. Ferner müssen, wenn die Einzelinitiative zum Tragen kommen soll, auch die notwendigen Strukturvoraussetzungen geschaffen werden, sei es nun in Form der (wenigstens partiellen) Preisfreigabe (vorerst für Nebennahrungsmittel), die leistungsgerechte Gestaltung von Löhnen und Gehältern, die Freigabe des Handels vom Dorf zur Stadt sowie zwischen den Städten und einzelnen Provinzen sowie die Einräumung von Betriebsautonomie. Die chinesische Wirtschaft soll also nach wie vor zwar geplant sein, soll aber gleichzeitig auch auf der Warenproduktion basieren.

Auch wenn sich zwischendrin immer wieder Schwierigkeiten ergeben, Preissteigerungen um sich greifen und Konjunkturerhitzungen auftreten (wie z.B. noch Anfang 1985), kann man doch feststellen, daß der "Neue Lange Marsch der Reform und Modernisierung" mit hoffnungsvollen Erfahrungen begonnen hat, nachdem nun fast ein Viertel des Weges zurückgelegt wurde.

##### 4.1.3.2. Tauziehen zwischen "Unternehmertum" und Bürokratie: Welche Aufgaben verbleiben der Bürokratie im neuen Wirtschaftsprozeß?

Je mehr das "Wertgesetz" um sich zu greifen beginnt, umso stärker wird das Tauziehen zwischen Markttendenzen einerseits und der jahrelang eingeübten Gewohnheit zur "Preisregulierung von oben" werden. Die Preisreform ist ein Tiger, der bisher noch in keinem sozialistischen Land bezwungen worden ist. China geht hier einen kühnen und - wenn er gelingt - "geschichtsträchtigen" Weg: Ein wenig Pathos muß hier schon erlaubt sein!

Die "Markt"-Entfaltung zieht aber noch andere Konsequenzen nach sich: Der Bürokratismus muß sich immer mehr in seine makroökonomischen "Restgebiete" zurückziehen,

die Präzision der Statistik muß zunehmen (insofern kam das Statistikgesetz vom 1. Januar 1984 gerade recht), der Wettbewerb wird wachsen und wird einerseits zu einem neuen Qualitätsbewußtsein führen müssen, das die alte Tonnenideologie ablöst, andererseits aber verstärkte Werbung nach sich ziehen. Bereits Ende 1983 gab es 2.300 Werbe-Danweis, darunter 165 Werbebüros, 270 Zeitungen, 95 Rundfunkstationen, 338 Drahtfunkstationen, 540 Zeitschriften usw. (38). Zunehmen wird ferner die Aktivität der Steuerbehörden, das Wirtschaftsprüfungswesen und - auf der anderen Seite - der Lobbyismus der Interessengruppen.

Angesichts der Gewinnträchtigkeit des neuen Geschehens wird sich auch das Militär noch stärker als bisher mit seinen Industrien an der Produktion ziviler Güter beteiligen.

Welche Aufgaben bleiben angesichts der schnell um sich greifenden Betriebsautonomie sonst noch den Behörden?

- Da ist zunächst die Kontrolle, ob die Einzelbetriebe sich an die staatlichen Pläne halten. Sie reicht allerdings nur zur Überprüfung der planmäßigen Produktion. Überplanmäßige Produkte dürfen aufgrund der "Provisorischen Regelungen zur Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse staatseigener Betriebe" vom 10. Mai 1984 sogar von den Staatsbetrieben prinzipiell frei veräußert werden.

- Ferner sind die Kader aufgefordert, sich in Zukunft weniger als Kontrollreue denn als Dienstleistungsträger zu verstehen und dafür zu sorgen, daß die einzelnen Betriebe mit Informationen, neuen Technologien und mit Koordinationsvorschlägen versorgt werden.

- Schließlich besteht noch die Aufgabe der Rechnungsprüfung. Zwischen September 1983 und Ende 1984 wurden in ganz China Rechnungsprüfungsbüros mit zusammen 24.000 Angestellten gegründet, die falsche Abrechnungen, Buchungsfehler oder gar Unregelmäßigkeiten aufdecken sollen, und deren Arbeit sich in der Tat inzwischen als äußerst nützlich erweist, insofern nämlich Tausende von Schiebung, Korruptionsfällen und falschen Abrechnungen nachgewiesen werden konnten (39).

Wie diese Aufzählung zeigt, beschränken sich die Kontrollbefugnisse der Behörden im allgemeinen auf Staats- oder Kollektivbetriebe. Privatbetriebe dagegen beginnen sich zunehmend gegen obrigkeitliche Eingriffe zu sperren. Als besonders lästig werden bürokratische

Eingriffe vor allem in die bäuerlichen "spezialisierten Haushalte" empfunden. Dazu gehören jene ländlichen Haushalte, die sich auf Warenproduktion oder Dienstleistungen, also auf den sekundären oder tertiären Sektor, spezialisiert haben und die zu diesem Zweck mindestens 60% ihrer Arbeitszeit auf eine Spezialproduktionslinie verwenden, mindestens 80% dieser Produkte vermarkten und dabei ein Einkommen erzielen, das zumindest das Doppelte des Durchschnitts aller ortsansässigen Familien beträgt. Ende 1984 erfüllten 2,3% aller ländlichen Haushalte (4,2 Mio.) diese Kriterien. Sie waren hauptsächlich in Industrie, Handel, Wohnungsbau, Transport usw. tätig (40).

Es waren diese Haushalte, die, ob nun aus Mißgunst oder aber wegen ihrer besonderen "Ergiebigkeit" von staatlichen und kollektiven Kadern immer wieder "tyrannisiert" wurden (41). Einige Kader machten beispielsweise in den Restaurants der "spezialisierten Haushalte" große Rechnungen, weigerten sich dann aber zu zahlen. Andere Betriebe wurden ständig mit "Gebühren" schikaniert. Ein Forstbetrieb in der Provinz Sichuan bekam z.B. bei einer einzigen Verkaufsaktion nicht weniger als elf Gebühren aufgebremmt und steckte deshalb am Schluß in den roten Zahlen (42). Auch an Straßen und Binnenschiffkanälen treten immer wieder neue "Inspektionsgruppen" auf, die die Passanten unter allen möglichen Vorwänden zur Ader lassen.

Hier entsteht ein echtes Tauziehen zwischen Privatunternehmertum und Bürokratie, das allerdings längerfristig zugunsten des ersten ausgehen dürfte, da die reformerische Führung dem leistungsfeindlichen Kaderunwesen das Handwerk legen möchte.

Dezentralisierung und betriebliche Initiative, sei sie nun staatlich, kollektiv oder privat, stehen also hoch im Kurs und dürften bis zur Jahrhundertwende noch weiter an Oberwasser gewinnen.

Um zwischen Staats- und kollektiven Betrieben Chancengleichheit herzustellen, sind im April 1985 die Steuern der Kollektivunternehmen denen der Staatsunternehmen angeglichen worden - ein weiterer Schritt zur Verbesserung eines marktgerechten Wettbewerbs.

Der Bürokratie bleibt zu guter Letzt noch die Aufgabe der volkswirtschaftlichen Globalsteuerung mit Hilfe von Krediten, Richtpreisen, Ecklöhnen, Planvorgaben und sonstigen "Hebeln".

In einem fort treten Zielkonflikte

zutage, die ad hoc immer wieder neu gelöst werden müssen. Die chinesische Führung verfährt dabei wohl auch in Zukunft nach dem Gesichtspunkt der Gleichgewichtung: Mehr Plan oder mehr Markt? Förderung der Kleinbetriebe oder der Großbetriebe? Alte Technik oder die "Technik von übermorgen"? Neubau von Industrien oder Umgestaltung der bereits vorhandenen alten Anlagen?

Was z.B. die letztere Frage angeht, so hat die Führung noch 1984/85 der technischen Umformung bestehender Betriebe Priorität eingeräumt und beschlossen, hierfür zwischen 1985 und 1987 90 Mrd. Yuan zu investieren, um 8.100 Betriebe und 11.000 Projekte zu überholen. Bereits zwischen 1979 und 1983 waren 14 Mrd. Yuan in solche Nachbesserungsprojekte gesteckt worden (43).

Je mehr man sich jedoch dem Jahr 2000 nähert, umso stärker soll auf die Zukunft hingearbeitet und dem Neubau Vorrang eingeräumt werden. Die Investitionszyklen sollen nach dem "Gutachten" in der Zeit zwischen 1985 und 1990 noch zwanzig Jahre betragen, um 2000 herum dagegen auf zwölf Jahre verkürzt werden. Die Anlagen aus den fünfziger Jahren werden spätestens bis dahin der Vergangenheit angehören (44). Hand in Hand damit dürfte der Handel mit der Sowjetunion, von der diese Anlagen ja geliefert wurden, an Interesse verlieren, es sei denn, daß er von Grund auf umstrukturiert wird.

#### 4.2. Diversifizierung

Jahrhundertlang war die chinesische Wirtschaft durch zwei Merkmale gekennzeichnet: Getreidemonokultur und Anbau auf Kleinstparzellen im Subsistenzbetrieb.

Hier bedurfte es grundlegender Änderungen, die z.T. schon in vorreformerscher Zeit eingeleitet wurden (Großeinheiten in Form von Volkskommunen, Kleinindustrie auf dem Land), die aber erst durch die Reformen wirklich Aufwind bekommen haben.

Die damit eingeleitete Diversifizierung zielt in dreifacher Richtung - Vervielfältigung der Sektoren und Sortimente, Schaffung von großen und mittleren Einheiten neben den bereits bestehenden Kleinbetrieben und Auffächerung der Organisationen und der Kommunikationsformen zwischen Staat und Betrieben.

All diese Neuentwicklungen sind längst über das Anfangsstadium hinaus und lassen bereits jetzt deutlich erkennen, wohin der Weg bis zum Jahr 2000 führt.

#### 4.2.1.

##### Sektorale Diversifizierung

Da ist zunächst die Vervielfältigung der Sektoren und Sortimente: Schon während der Mao-Jahre hat sich neben der Landwirtschaft die Industrie entfaltet, wobei die Schwerindustrie jahrelang auf Kosten der Leichtindustrie Priorität eingeräumt bekam. Was den Tertiärsektor angeht, so konnte er erst nach 1978 an Boden gewinnen, ist aber, wie die Weltbank in ihrem Bericht festgestellt hat (S.23), auch heute noch verhältnismäßig unausgebildet, wenn man ihn mit dem Durchschnittsstandard anderer Entwicklungsländer vergleicht. Hier besteht also Nachholbedarf. Hoffnungsträger sind dabei vor allem die oben bereits erwähnten "spezialisierten Haushalte", die Transport-, Veterinär- oder Distributionsleistungen erbringen. An einigen Stellen sind Dörfer bereits ins "Touristikgeschäft" eingestiegen. Angesichts der "unternehmerfreundlichen" Ausrichtung des reformerischen - und "metakonfuzianischen" - Wertesystems dürfte sich gerade hier in den nächsten Jahren noch mächtiges Leben entfalten. Bemerkenswert ist vor allem die Explosion der freien Märkte, die es erst seit 1978 gibt, und die seitdem so kräftig ins Kraut geschossen sind, daß sie bereits Ende 1984 mit über 10% am gesamten Einzelhandel beteiligt waren. Mitte 1985 gab es 56.200 freie Märkte, bis 1990 werden es vermutlich 60.000 sein, und bis zum Jahr 2000 dürfte sich ihre Zahl, wenn man das Wachstumstempo zwischen 1985 und 1990 zugrunde legt, auf rd. 70.000 erweitert haben. Bereits Mitte 1985 beschäftigten diese Unternehmen 13 Millionen Arbeitskräfte.

Die Landwirtschaft wird aber nicht nur durch die Sektoren Industrie und Dienstleistungswesen ergänzt, sondern beginnt sich auch selbst schnell zu verzweigen. Das Getreide bleibt zwar im Zentrum der Bemühungen, doch tritt hier neben Nahrungsgetreide immer mehr der Industrieerntenanbau. Neben dem Getreide wird die Fischwirtschaft, die Forstwirtschaft (Anpflanzung einer "Großen Grünen Mauer" von NW bis NO-China), die Viehwirtschaft (im Minderheitengürtel rings um das "eigentliche China") und vor allem die ländliche Kleinindustrie propagiert. Dieses "Hausgewerbe" reicht von Korbflechtereien über gemeinsame Viehzucht, die von mehreren Haushalten arbeitsteilig betrieben wird, bis hin zur Kleinstenergieerzeugung und zu örtlich betriebenen Stahlwerken. Die Mini-stahlwerks-Idee stammt bekanntlich aus der Zeit des Großen Sprungs, hatte aber nach dem Scheitern der damaligen Bewegung (1959 ff.) eine Zeitlang an Attraktivität verloren. Etwa um 1980 kamen

die Kleinstahlwerke jedoch wieder aus den roten Zahlen heraus und erwirtschafteten seitdem laufend Gewinne. Bereits 1984 produzierten sie 8,93 Mio. t Stahl und waren damit zu 20% an der gesamten Stahlproduktion des Landes beteiligt (45).

Die Folge dieser zunehmenden Diversifizierung zeigte sich bereits 1985 in Form einer abnehmenden Getreideproduktion: Für die Bauern waren andere Sektoren interessanter geworden - eine Auswirkung des Marktgesetzes und seiner differenzierten Anreize!

Die Diversifizierung hat aber auch zur Folge, daß die Arbeitskräfte sektoral umverteilt werden. Nach Schätzungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei vom 17. März 1984 werden von den 450 Millionen Arbeitskräften, die bis zum Jahr 2000 auf dem Lande verfügbar sind, in der Landwirtschaft selbst angesichts der fortschreitenden Mechanisierung nur noch 30% verwendbar sein, in der Forstwirtschaft, Viehzucht und Fischerei gar nur 20%. Weitere 10% können vielleicht in städtischen Fabriken oder in Bergwerken untergebracht werden. Wohin jedoch mit den verbleibenden 200 Millionen (40% der Landbewohner)? Der einzige Ausweg für sie ist der Aufbau eines ländlichen Industrie- und Dienstleistungswesens, wobei Betriebe für Nahrungsmittel, Futter, Baumaterialien und Energie im Vordergrund stehen sollen. Bereits 1983 waren 31 Millionen frühere Bauern in ländlichen Industrien beschäftigt. Im gleichen Jahr lieferten diese 20% der Kohle und 75 bis 90% der Baumaterialien und landwirtschaftlichen Werkzeuge (46).

200 Millionen Bauern zu Industriearbeitern und Dienstleistungsträgern zu machen - dies ist eine wahrhaft gigantische Aufgabe, für die nur noch eineinhalb Jahrzehnte übrigbleiben! Die Reformer sehen sich hier einer ihrer schwierigsten Herausforderungen gegenüber, und ihr Werk wird nicht zuletzt daran gemessen werden, ob ihnen diese gigantische Aufgabe gelingt.

#### 4.2.2.

##### Betriebliche Diversifizierung

Bei der Suche nach Möglichkeiten der Gründung von Großbetrieben, die auf eigenen Beinen stehen können und nicht sofort wieder dem Staat zur Last fallen, sind bisher zwei erfolgversprechende Wege beschritten worden, nämlich die Gründung von Genossenschaften auf freiwilliger Grundlage und die Wiederbelebung der alten "Märkte" und "Kleinstädte", die dem Modell des "ins Wasser geworfenen Steins" folgen, der "drei Ringe zieht" (ausführlich dazu C.a., Oktober 1985, S. 700 f.). Hand in Hand damit wurde

die alte Volkskommune-Organisation auf Kleinstformat zurückgestutzt; hatte es ihr doch an jenem Merkmal gefehlt, das für Genossenschaftsbildungen neuerer Provenienz in jeder Hinsicht entscheidend ist - nämlich an der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft.

Die neuen Mittel- und Großbetriebe kollektiver Natur sollen sich nunmehr, wie immer wieder betont wird, in Übereinstimmung mit den Prinzipien des freiwilligen Beitritts und des gegenseitigen Nutzens nach den Erfordernissen der Warenwirtschaft entwickeln. Hierfür gibt es mehrere Modelle. So können sich z.B. Einzelpersonen in sog. "Geschäftszusammenschlüssen" vereinigen (die entsprechenden Bestimmungen wurden am 13. April 1983 erlassen), oder aber sie können sich als "städtische Kollektivunternehmen" (Bestimmungen vom 14. April 1983) bzw. als "ländliche Kollektivunternehmen" konstituieren. Beide Unternehmensformen, nämlich die "Geschäftszusammenschlüsse" und die "Kollektivunternehmen" gleichen sich darin, daß sie auf freiwilliger Basis zustande kommen und daß sie hauptsächlich auf Dienstleistungen und auf die Produktion einfacherer Güter gerichtet sind, sie unterscheiden sich aber voneinander dadurch, daß die "Geschäftszusammenschlüsse" eine eher lose Verbindung vorsehen, während die "Kollektivunternehmen" einen höheren Integrationsgrad aufweisen und deswegen auch als "juristische Personen" anerkannt werden. Schließlich gibt es noch Mischbetriebe, die gemäß Bestimmungen des Staatsrats vom 1. Juli 1980 die verschiedensten Formen annehmen können, wobei "Flexibilität" oberstes Richtmaß sein soll. Danach sind also Verbindungen zwischen staatlichen und kollektiven, zwischen staatlichen und privaten, aber auch zwischen kollektiven und privaten Betrieben oder aber nur zwischen privaten Betrieben denkbar - und zwar sowohl in Form echter Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) als auch eher loser Kombinationen. Die "Verbindungen" kommen durch sog. "Verbindungsabkommen" zustande und haben ein gemeinsames Organ, den "Verbindungsausschuß", der sich aus Vertretern aller beteiligten Unternehmen zusammensetzt. Die Behörden, seien es nun Planungs-, Finanz- oder Steuerabteilungen, sind aufgerufen, solchen Verbindungsprozessen Unterstützung zu gewähren. Die Initiative liegt künftig also nicht mehr bei den Behörden, sondern bei den Betrieben.

Eine weitere Variante der "Verbindungs"-Politik sind die sog. "Spezialgesellschaften", die durch Bestimmung vom 16. März 1982 geregelt

sind und deren Zweck es ist, in ganzen Wirtschaftsbereichen die bisherige Bürokratie durch ein wirtschaftlich geschultes Management zu ersetzen. Käme es beispielsweise zur Gründung einer Nationalen Baumwollgesellschaft, so würden nicht weniger als vier Bürokratien (Landwirtschafts-, Textil-, Binnenhandels- und Außenhandelsministerium) durch eine "Firma" ersetzt, bei der alle Zuständigkeiten unter einem Dach vereinigt wären (47).

Eine Beteiligung von privater Seite kann schließlich noch dadurch entstehen, daß sich Einzelpersonen durch Erwerb von Anteilsscheinen in einen Betrieb "einkaufen" (dazu unten 4.3.2.2.1.). U.a. können Bauern auch Anteile an Versorgungs- und Vermarktungsgenossenschaften erwerben (48).

Die durch solche Beteiligungsformen zustande kommenden Mittel- und Großbetriebe sind eingeladen, sich in das Marktgeschehen einzuschalten, das sich vor allem in den oben erwähnten (wiedererstandenen) "Marktorten" und "kleinen Städten", in Deltagebieten und anderen Schwerpunktreionen herauskristallisiert.

Um Entwicklungszentren zu schaffen, von denen aus Impulse ins umliegende Land ausgehen können, werden schon heute an bestimmte Städte Wirtschaftsverwaltungsrechte übertragen, die ansonsten nur einer Provinz zustehen. Ein Beispiel dafür ist die Schwerindustriestadt Wuhan am Yangzi.

#### 4.2.3.

##### Organisatorische Diversifizierung

Die Diversifizierung im sektoralen und im Betriebsgrößenbereich kann nur dann greifen, wenn auch die organisatorische und rechtliche "Infrastruktur" dem Trend der Aufmächerung folgt. In der Tat sind hier schon zahlreiche neue Wege eröffnet worden. Da ist erstens die Dezentralisierung und "Verbetrieblung" der Entscheidungen, da ist zweitens die zunehmende Anpassung der Wirtschaft an das "Marktgesetz" (d.h. an die Imperative von Angebot und Nachfrage), da ist drittens die Ersetzung des so lange Jahre praktizierten Ankaufquotensystems durch den "Vertragsaufkauf", und da ist schließlich viertens die Ablösung des Gewinnablieferungs- durch das Besteuerungsprinzip.

Was die beiden letzteren Punkte angeht, so hatte der Staat bis Anfang 1985 für landwirtschaftliche Produkte einheitliche und preislich fixierte Ankaufquoten festgelegt. Inzwischen ist dieses "Quotengetreide", das seiner Natur nach eine Landwirtschaftssteuer war, nicht

länger nur in Naturalien zu zahlen, sondern z.T. in Geld, und zwar im Verhältnis 3:7 (drei Teile Naturalien, sieben Teile Geld). Die Schwächen der früheren Naturalsteuer waren seit Einführung der Warenwirtschaft immer deutlicher hervorgetreten. Aus diesem Grund hat der Staat das Monopol für den Ankauf von Getreide aufgegeben und erwirbt die benötigten Mengen mittlerweile auf dem Vertragsweg. Das "öffentliche Getreide" wird damit zum "Vertragsgetreide", zur "Vertragsbaumwolle" etc. (49).

Was die Abgaben der staatlichen Betriebe anbelangt, so mußten sie früher sämtliche Gewinne an die öffentliche Hand abliefern, die dann ihrerseits wieder alles von oben nach unten - manchmal auch nach dem Gießkannenprinzip - neu verteilte. Heute sind demgegenüber betriebsindividuelle Steuern zu zahlen. Künftig soll das Steuersystem nach sechs verschiedenen Erhebungskategorien gehandhabt werden, und zwar (1) nach dem Umsatz (Produkt-, Mehrwert- und Verkaufssteuer), (2) nach Eigentum (Grund-, Schiffs- und Fahrzeugsteuer), (3) nach Transaktionen (Marktabgaben), (4) nach Einkommen, (5) nach dem Differentialeinkommen (Rohstoff-, Landnutzungs- und Anlagevermögenssteuer) und (6) nach bestimmten Gegenständen (z.B. Dieselölsteuer etc.). Zu praktizieren ist m.a.W. ein multiples Steuersystem, das auf die individuellen Verhältnisse des einzelnen Betriebs eingeht und das anstelle der früheren Rasenmähermethode einer pauschalen "Gewinnablieferung" tritt (50). Steuern sollen m.a.W., genauso wie Preise und Löhne, als "Hebel", d.h. als marktwirtschaftliche Globalsteuerungsinstrumente dienen und nicht mehr, wie früher, "rein administrativ" und ohne Rücksicht auf Markt- sowie Leistungsgesichtspunkte gehandhabt werden. Auch hier also Diversifizierung an allen Ecken und Enden, unter deren Einfluß die chinesische Wirtschaft i.J. 2000 ein ganz neues Profil gewinnen dürfte.

#### 4.3.

##### Zunehmende "Waren"-Bildung

Legt man traditionelle Maßstäbe, aber auch die empirischen Daten aus den Reformjahren 1978-1985 zugrunde, so zeichnen sich Tendenzen ab, denenzufolge von den vier Produktionsfaktoren Kapital, Wissenschaft, Boden und Arbeit die beiden ersteren schnell Warencharakter annehmen, während Boden und Arbeit eine Zeitlang noch sorgfältig aus dem Kreislauf von Angebot und Nachfrage herausgehalten werden - der Boden aus altehrwürdiger Gewohnheit, die Arbeit aus Überlegungen, die mit sozialistischer Glaubhaftigkeit zusammenhängen.

#### 4.3.1.

##### Boden als Ware

In einem Land, dessen schnell wachsende Bevölkerung das vorhandene Bodenpotential jahrhundertlang stets bis zum letzten auszuschöpfen pflegte, konnte landwirtschaftlich nutzbarer Grund nicht einfach "dem Makler überlassen" werden. Gegen die freie Verfügbarkeit über diesen so äußerst knappen Produktionsfaktor sprachen freilich nicht nur wirtschaftliche, sondern z.T. auch religiöse Gründe, insofern nämlich auf einem Stück Acker häufig auch die Gräber der verstorbenen Angehörigen angelegt waren, womit ein solches Stück Boden zum "weißen Feld" wurde, über das auch die konfuzianische Tradition ihre schützende Hand hielt.

Einem spekulativen Umgang mit Grundstücken wirkte aber auch die volksrepublikanische Praxis entgegen, die jeden Quadratmeter Boden seit Anfang der fünfziger Jahre entweder dem Staat oder aber kollektiven Händen überantwortet hatte.

Zwar sind immer wieder Forderungen laut geworden, daß im Interesse einer flexibleren Lösung des Wohnraummangels ein Immobilienmarkt für Privathäuser und -wohnungen erlaubt werden solle (51), doch dürfen solche Forderungen nicht als Verlangen nach einer Kommerzialisierung von Grund und Boden mißverstanden werden; erstens nämlich würde sich ein solcher Immobilienmarkt nur auf Wohnraum beziehen (und nicht etwa auf Ackerflächen), zweitens werden nach chinesischer Auffassung "Bodenhaut" und "Bodenknochen" juristisch streng voneinander getrennt, so daß also Häuser oder Wohnungen - anders als im deutschen Recht - nicht als "wesentliche Bestandteile" des Bodens aufgefaßt werden, und drittens sorgen auch die von den verschiedenen Provinzen herausgegebenen Baulandregelungen dafür, daß die Verfügungsmasse minimal bleibt. Nach den Vorschriften der Stadt Beijing vom 29. November 1984 beispielsweise wird jedem ländlichen Haushalt im Bereiche der Hauptstadt nur noch eine Grundfläche von 0,3mu (200 qm) zugestanden. Wer mehr Land nutzt, also "Boden verschwendet", hat mit Strafe zu rechnen (52).

Auch im Jahre 2000 bleibt der chinesische "Immobilienmarkt" im wahren Sinne des Wortes immobil.

#### 4.3.2.

##### Kapital der Ware

#### 4.3.2.1.

##### Sachkapital

Ganz anders die Einstellung zum Kapital, bei dem zwischen Sach- und Finanzkapital zu unterscheiden ist. Soweit das erstere aus Staats("Volks")-Eigentum besteht, dürfte es auch in Zukunft der Einwirkung von Angebot und Nachfrage entzogen sein, wenngleich sich auch hier bereits erste Einbrucherscheinungen zeigen. So sind z.B. schon heute Privatpersonen eingeladen, sich in der Form von Joint Ventures oder über eine andere juristische Konstruktion an staatlichen Unternehmen zu beteiligen. Darüber hinaus ist es auch bereits zu Veräußerungen von Volkseigentum an "meistbietende" Interessenten gekommen, man denke beispielsweise an den Verkauf von Lkws an Privatpersonen. In diesem Zusammenhang sollte auch noch einmal daran erinnert werden, daß der Zehn-Punkte-Beschluß des ZK vom Oktober 1984 den Eigentumspluralismus nicht nur gestattet, sondern geradezu fordert. Damit aber wurde der erste Schritt auf dem langen Marsch zur "Enttabuisierung" des Volkseigentums getan. Angesichts der unternehmerischen Ader, die im metakonfuzianischen Wertesystem angelegt ist, darf man nämlich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß das "private Kapital" in den nächsten Jahren nach Anlage sucht und dabei für weitere Einbrüche beim Volks- und Kollektiveigentum sorgen wird. Es scheint vor allem der Transportsektor zu sein, an dem sich diese Tendenzen zuerst Geltung verschafft. Lange Zeit waren es nahezu ausschließlich staatseigene Unternehmen und Regierungsabteilungen gewesen, die für Transportdienstleistungen zu Land, zu Wasser und in der Luft sorgten. Da der Transportsektor jedoch nach wie vor eine der Achillesfersen der chinesischen Volkswirtschaft geblieben ist, mußte hier dringend Abhilfe geschaffen werden. Seit 1985 sind hier deshalb die Strukturen in Bewegung geraten. Zunächst einmal haben sich verschiedene lokale Regierungen von der Zentrale abgenabelt. Provinzen wie Heilongjiang, Yunnan und Shanghai richteten beispielsweise Fonds ein, um Flugzeuge zwecks Gründung eigener provinzieller Luftfahrtgesellschaften zu kaufen. Die Provinz Shandong und Großindustrien wie z.B. das Eisen- und Stahlwerk von Wuhan gingen daran, ihre eigenen Hafeneinrichtungen zu bauen. Die Provinzen Shanxi, Hunan, Zhejiang und die A.R. Guangxi bauten sich eigene Eisenbahnstrecken. Auch die Schiffsahrtsdienste auf den Flüssen und an der Küste sind z.T. von den Lo-

kalbehörden übernommen worden.

Wo aber lokales Kapital tätig wird, sind erfahrungsgemäß auch Privatpersonen schnell mit von der Partie (53). Von den insgesamt 10,65 Mio. Privatbetrieben, die Ende Juni 1985 bestanden, entfielen 800.000 auf den Transportsektor. Innerhalb nur eines einzigen Jahres hatte dieser Bereich einen Zuwachs von 40% erlebt und beschäftigte bereits 1,28 Millionen Arbeitskräfte. Das private "Transportgewerbe" betrieb Busse und Lkws, Traktoren und Schiffe mit einer Gesamtkapazität von 15,1 Mrd.t/km. Damit bestritt die Privatwirtschaft bereits Mitte 1985 mehr als 40% am gesamten Gütertransportaufkommen der Volksrepublik (54).

Weitere, die Phantasie des Privatunternehmertums anregende, Schwachstellen der chinesischen Volkswirtschaft sind der Dienstleistungs-, der Bau- und der Energiesektor. Hier gab es Mitte 1985 bereits 40.000 Privatunternehmen für die Reparatur von Häusern und 640.000 Dienstleistungsunternehmen sowie eine Million Betreiber von Restaurants und Nahrungsmittelverkaufsständen. Der Einzelhandelsumsatz des privaten Sektors hatte gegenüber dem Vorjahr um 92,5% zugenommen und bestritt bereits jetzt ca. 14% des gesamten nationalen Umsatzes auf den betreffenden Sektoren (55). Solche Zahlen sprechen für sich und lassen bis zum Jahre 2000 noch weitere "Wunder" erwarten. Wer hätte noch Anfang 1978 an eine solche Dynamik des so lange totgeglaubten Privatunternehmertums zu denken gewagt!?

Da auch der Energieverbrauch in den ländlichen Gebieten schnell zunimmt und bis zum Jahr 2000 vermutlich auf 200 Mio.t SKE ansteigt (dies wäre ein Zuwachs von +140 Mio.t, verglichen mit 1983), erweisen sich die kleinen E-Werke auf den Dörfern als von Tag zu Tag unentbehrlicher. Kein Wunder, daß Beijing die Bauern aufruft, sich nicht auf den Staat zu verlassen, sondern eigene Anstrengungen zu unternehmen und selber Fonds für kleine lokale Kohlenzechen sowie kleine und mittlere E-Werke zu gründen. Schon Mitte 1985 betrug die Generatorenkapazität der mittleren und kleinen Wasserkraftwerke in der gesamten Volksrepublik 8,5 Mio.kW. Kleine Wärmekraftwerke werden überall dort empfohlen, wo es Kohlevorräte gibt - und zwar auch Vorräte in einem Umfang, die für Ausbeutung durch staatliche Unternehmen unrentabel wären. Kleine Wärmekraftwerke ließen sich überdies mit der Produktion von Ziegelsteinen und Dachziegeln kombinieren. Auch die Nutzung weicher Energien wie Wind, Gezeitenströmungen und

Sumpfgas soll immer mehr in "kleine Hände" übergehen, seien es nun Kollektive oder aber - eben - Privatunternehmer (56). Kurzum: Will China sein Kapitalpotential voll ausschöpfen, so kommt es ohne die Einschaltung des so reichlich vorhandenen potentiellen Privatunternehmertums nicht aus! Das "sozialistische Eigentum" wird m.a.W. einer zunehmenden "Aufweichung" ausgesetzt.

#### 4.3.2.2. Finanzkapital

##### 4.3.2.2.1. Anteilsscheine und "sozialistische Aktiengesellschaften"

Aufweichungserscheinungen gibt es aber vor allem als Folge des immer schneller um sich greifenden Systems der Anteilsscheine, das erst 1985 wieder in den Strudel einer hitzigen Kontroverse geraten ist. Die zentrale Frage lautet hier, wo überhaupt noch der Unterschied zwischen "sozialistischen und kapitalistischen Aktien" liegt. Als Kriterien für "sozialistische Aktien" wird das Verbot der "Spekulation", die Orientierung der Aktienfonds an den Erfordernisse der Vier Modernisierungen und der Versuch angeführt, Aktien soweit wie möglich nicht an Privatpersonen, sondern an Kollektive und Unternehmen unter staatlicher Kontrolle auszuschießen (57).

Dies sind freilich nur verbale Dämme gegen die zu erwartende "Flut" der Privatanleger, die, wenn nicht alles täuscht, bis zum Jahre 2000 einen wahren Heißhunger nach Anteilsscheinen entwickeln dürften, so daß hinter der Behauptung der Regierung, das Volkseigentum sei und bleibe im Wirtschaftsprozeß dominierend, schon bald ein großes Fragezeichen zu setzen ist.

In der Tat gibt es heute drei verschiedene Denkschulen, von denen die eine den Privatanleger zum Hauptanteilsnehmer machen möchte, während die konservative Gegenrichtung nach wie vor den Staat gerne in dieser Rolle sähe. Eine Zwischenposition wird von der dritten Richtung bezogen, die das betriebliche Aktienkapital am liebsten in den Händen der jeweiligen Betriebsangehörigen sähe, die also eine Politik verfißt, wie sie in der Bundesrepublik vergleichsweise von der CDU/CSU ("Eigentumsbildung in Arbeiterhand") vertreten wird (58). Eine feste Praxis hat sich zwar noch nicht herausgebildet, doch kann man heute schon davon ausgehen, daß sich das "Privatkapital" hier bald eine breite Bahn schaffen wird, zumal der Verteilung von Anteilsscheinen an staatliche Organisationen erhebliche praktische Schwierigkeiten im Wege stehen; wenn z.B. Chemieak-

tien nur von staatlichen Stahl- oder Maschinenbauunternehmen gekauft werden, so fragt man sich, was mit all dem Privatkapital geschehen soll, das sich z.Zt. auf den Sparkonten anhäuft. Irgendwie wird sich dieses Kapital ja wirtschaftlich betätigen wollen, sei es nun durch vermehrte Gründung privater Unternehmen oder aber durch Einstieg in staatliche und kollektive Betriebe. Das eine ist mit dem überkommenen "sozialistischen" Eigentumsdenken genausowenig vereinbar wie das andere!

Eine andere Alternative wäre vielleicht noch die Emission von Wertpapieren im Ausland, wie sie beispielsweise 1985 über die Deutsche Bank auf dem deutschen Kapitalmarkt untergebracht wurde. Doch dies heißt ("Abhängigkeit" vom Ausland!), den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. Ist es da am Ende nicht besser, die Wertpapiere auf dem heimischen Markt unterzubringen, so wie es aufgrund der am 14.Januar 1984 veröffentlichten Vorschriften über Staatsanleihen vorgesehen ist? Danach konnten die damaligen staatlichen Anleihen bis zum 30.Juni d.J. von staatlichen oder kollektiven Danweis und erst anschließend, nämlich zwischen dem 30.Juni und dem 30.September auch von Privatpersonen gezeichnet werden. Den Danweis wurden hierbei 4% Jahreszinsen zugestanden, den Privatpersonen dagegen 8% (59). Angesichts des gewaltigen Finanzkapitalhungers der chinesischen Volkswirtschaft wird man bis zum Jahr 2000 dazu übergehen müssen, noch weitere Beträge abzuschöpfen und wirklich alle Reserven auszureizen. Ohne die Aktivierung des privaten Kapitals bliebe der Modernisierungsprozeß wohl auf halbem Wege stehen!

Um private Ersparnisse in staatliche Unternehmen zu locken, müssen in Zukunft noch mehr materielle Anreize geboten werden. Hier dürfte sich m.a.W. ein vitaler Markt entwickeln.

##### 4.3.2.2.2. Kredite als Ware

Dasselbe ist bei der Vergabe von Krediten der Fall. Wenn man A sagt und dem Privatkapital grünes Licht gibt, muß man mit B folgen und auch geeignete "Hebel" einsetzen, um die privaten Potentiale voll zur Entfaltung kommen zu lassen - u.a. also auch Kredite gewähren. Kredite für den Wohnungsbau sind heute bereits üblich, für Existenzgründungen werden sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit schon ebenfalls bald zur Tagesordnung gehören. Damit aber entwickelt sich ein Kreditmarkt, dem sich auch die Banken anzupassen haben.

Der wachsenden Nachfrage nach Krediten wurde schon 1984/85 durch Neuorganisationsmaßnahmen Rechnung getragen. Da die Geldkreditmenge allerdings zu schnell ausgedehnt worden war, hatten sich Überhitzungserscheinungen bemerkbar gemacht, auf die die Führung mit einem umfangreichen Bankenrevirement Mitte 1985 reagierte. Trotzdem besteht wohl kaum ein Zweifel, daß die Kredite bis zum Jahr 2000 weitgehend Warencharakter angenommen haben und einer politischen Regelung nur noch innerhalb weitgesteckter makroökonomischer Rahmen unterliegen (z.B. "prioritäre Förderung der Elektronikindustrie" etc.).

Im Rahmen der erwähnten Neuorganisation entstand dann u.a. die Industrie- und Handelsbank, die von der Chinesischen Volksbank mit den Zuständigkeiten im einschlägigen Bereich betraut wurde, also in Zukunft mit ihren Fonds die industrielle Entwicklung zu unterstützen und den Warenfluß zu erleichtern hat.

Welch ein Unterschied zur Praxis vor 1978, als das Finanzkapital nach ausschließlich politischen Prioritäten eingesetzt wurde!

#### 4.3.3. Arbeitskraft als Ware?

Ob auch Arbeit wieder zur Ware in China werden darf, dürfte zu den mit am heftigsten umstrittenen Grundpositionen werden. Hier stehen sich chinesische Tradition und moderne sozialistische Ideologie nahezu unvereinbar gegenüber. Man braucht freilich kein Prophet zu sein, um vorauszuahnen, daß sich langfristig auch hier die Tradition wieder Geltung verschafft, wengleich i.J. 2000 die "sozialistische" Vergangenheit noch zu jung ist, als daß sie bis dahin schon ganz über Bord geworfen sein dürfte. Vorerst bemüht sich die Regierung noch redlich, mit der Arbeitsbeschaffungspolitik der Tendenz entgegenzuwirken, daß Arbeit zum Gegenstand von Angebot und Nachfrage wird. Allerdings sind auch hier die bis 1978 geltenden strengen Richtlinien bereits durchbrochen. Bis damals gab es im Industriebereich ein achtstufiges Lohnsystem, das nur geringe Unterschiede zwischen Stufe 1 und Stufe 8 zeigte und das im wesentlichen nach Prinzipien des Alters und der Betriebsanciennität, nicht jedoch nach Leistung ausgerichtet war. Es handelte sich hier m.a.W. um ein ziemlich egalitaristisches Lohnsystem, das zwar aus sozialistischer Perspektive höchst gefällig, das wirtschaftlich jedoch kontraproduktiv wirkte, weil es Untüchtigkeit belohnte und Leistung durch Nivellierung bestrafte.

Es war eine der ersten Maßnahmen der Reformen, daß sie das Leistungskriterium wieder einführten. Außerdem erlaubten sie nach und nach auch wieder private Unternehmen, so daß es heutzutage drei Wege zur Arbeitsbeschaffung gibt, nämlich über das Arbeitsamt, durch den Eintritt in einen Kollektivbetrieb oder aber durch Gründung eines Privatunternehmens. Gerade die letztere Kategorie von Arbeitgebern wird darauf Wert legen, Kräfte einzustellen, die entweder aus dem Verwandtenkreis kommen oder aber Leistungsbereitschaft und -fähigkeit zu zeigen, und die außerdem nicht einfach "aus dem Eisernen Reistopfen" wollen. Auswahl besteht genug, da der Wettbewerb um offene Arbeitsstellen in den letzten Jahren zugenommen hat. Zwar gibt es keine offizielle Arbeitslosenstatistik, doch haben chinesische Kommunikationsmittel durchblicken lassen, daß es 1985 in der Industrie 10 Millionen und in der Landwirtschaft 100 Millionen "überflüssige" Arbeitskräfte gegeben hat - was immer das heißen mag.

Anfang 1984 wurde von einem Sprecher des Ministeriums für Arbeit und Personalwesen die Zahl von 2,89% städtischer Arbeitsloser genannt - dies wären 2,7 Millionen, doch dürfte diese Zahl weitaus zu niedrig liegen (60).

Da die chinesischen Planer davon ausgehen, daß zwischen 1985 und 2000 zusätzliche 250 Millionen Menschen Beschäftigung finden wollen (61), kann man sich schon jetzt ausrechnen, daß bei weitem nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Der Privatbetrieb hat also die große Auswahl!

Zwischen 1979 und 1985 sind in den Städten Arbeitsplätze für 46 Millionen Menschen geschaffen worden: 15 Millionen Beschäftigte wurden vom Staat eingewiesen, der Rest fand eine Anstellung in städtischen Kollektiven und Kooperativunternehmen sowie - in Privatbetrieben! In den nächsten Jahren wird der Engpaß wesentlich kritischer; sind doch während des 7. Fünfjahresplans (1986-1990) dreimal so viele Arbeitsplätze zu schaffen wie im vorausgegangenen Fünfjahreszeitplan, nämlich für rd. 140 Millionen Menschen! Diese Zahl resultiert einmal aus 6 Millionen Nachwuchskräften, die jedes Jahr auf den Arbeitsmarkt drängen; ferner werden rd. 10 Millionen als Ergebnis der Rationalisierung von Kollektivunternehmen freigesetzt, und schließlich kommen 100 Millionen Personen hinzu, die im Zuge der landwirtschaftlichen Modernisierung überflüssig werden.

Wohin mit all diesem Segen? Da die Zahl der Beschäftigungsmöglich-

keiten in den staatseigenen Betrieben zurückgeht (sie sank von 37% i.J. 1980 auf 33% i.J. 1984), und da auch die Kollektivbetriebe nicht mehr die großen Hoffnungsträger sind, mündet der Weg in zwei große Einbahnstraßen: nämlich beim Tertiärsektor und bei weiteren arbeitskraftabsorbierenden Individualbetrieben (62).

Privat- und Tertiärbetriebe aber sind schon beinahe wieder so etwas wie Synonyme, so daß auch hier dem privaten Unternehmertum eine weitere Chance eröffnet wird.

Die Folge: Immer größere Ströme von Arbeitskräften kommen in Zukunft auf den Privatsektor zu. Der Staat kann hier zwar mit gesetzlichen und administrativen Maßnahmen Kanalisationsversuche unternehmen und durch Lohnbestimmungen, Regelungen über Arbeitsplatzsicherheit oder Kündigungsschutz den unvermeidlichen "Ausbeutungs"-Tendenzen steuern - ganz in den Griff bekommen wird er sie wohl kaum.

Auch hier wird es m.a.W. bis zur Jahrhundertwende Waren-Prozesse geben, von deren Ausmaß sich die Reformen des Jahres 1978 vermutlich kaum Vorstellungen gemacht haben.

In Bewegung gerät auch das Bonus-, das Prämien- und das Lohn-, nicht zuletzt auch das Streiksystem. Einstweilen gibt es zwar noch keine regelrechten Arbeitskämpfe, doch ist es bereits im April 1985 zu den ersten Bummelstreiks der Beijinger Busfahrer gekommen, die mit diesem ganz neuen Verhalten ihren Forderungen nach besseren Löhnen und Gratifikationen Ausdruck verleihen wollten (63).

#### 4.3.4. Wissenschaft und Technologie als Ware

Anders als in Europa, wo Erfindungen als geistiges Eigentum streng geschützt sind und nur dort "frei gehandelt" werden können, wo der Erfinder sie freigibt, besteht in der metakonfuzianischen Kulturen kein besonders hoher Schutz immaterieller Eigentumsrechte. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß Lernen dort seit unvordenklichen Zeiten als Nachahmen verstanden wird. Nicht die Innovation, sondern die vollendete Imitation wird spontan als werthaft empfunden. In der Zwischenzeit hat zwar auch China sein Patentgesetz; doch wurden die entsprechenden Bestimmungen, die übrigens weitgehend der deutschen Rechtsordnung entlehnt sind, weniger für den Hausgebrauch als vielmehr für die Beruhigung ausländischer Gemüter erlassen, wobei man von der Überlegung ausgegangen ist, daß ausländisches Knowhow nur dann zuwandert, wenn es nicht

von Expropriation bedroht ist.

Zu Hause freilich will man wissenschaftliches Forschen und wissenschaftliche Ergebnisse in Zukunft so frei wie möglich umsetzen. Zu diesem Zweck auch haben die Reformer im Wissenschaftsbereich neue Institutionen eingeführt, die sich vorerst zwar nur vorsichtig anlassen, die aber in den nächsten Jahren schnell unter Dampf kommen dürften - man denke an die Auftragsforschung, an die Einrichtung von Beratungsdiensten, an die Gründung neuer Technologiezentren als Ideenlieferanten, an die Einrichtung institutseigener Fonds und an die Erweiterung der Mobilität des Wissenschaftspersonals (64). Die Aufforderung, "wohlhabend zu werden", wird von den wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen, nicht zuletzt aber auch von einzelnen Wissenschaftlern selbst sicher nicht mehr allzu lange mißachtet. Kein Industrie- und kein Landwirtschaftsbetrieb, der nicht unter Rückständigkeit litte und nicht auf Innovationsberatung angewiesen wäre! Da Wissenschaft und Technologie sowohl in der Ideologie als auch in der Modernisierungspraxis als "wichtigste Produktivkraft" überhaupt gelten, wird auch jeder Betrieb sich die Sache "etwas kosten lassen". Dem "Markt" bieten sich m.a.W. gewaltige Chancen. Bürokratische Versuche, hier dazuzuzufahren und Innovationen nach "politischen" Gesichtspunkten zu verteilen, wird sich die Regierung verkneifen müssen, wenn sie den Wissenschaftsapparat nicht erneut in seine frühere Sterilität zurückstoßen will.

Wichtigste Konsequenz, die der Gesetzgeber aus dieser Sachlage gezogen hat, sind die Technologietransferregelungen des Staatsrats vom 10. Januar 1985, die expressis verbis vorschreiben, daß Technologie künftig als "Ware" (!) behandelt werden solle, da sich nur so eine erhöhte Umlaufgeschwindigkeit und eine Verkürzung des Wegs zwischen Erfinder und Anwender erreichen lasse.

#### 4.4. "Renormalisierung"

Gemeint ist hiermit die Wiederkehr metakonfuzianischer Werte, die während der Mao-Zeit in schlechtem Ruf standen, die sich heute aber wieder überall Gehör verschaffen. Näheres zu diesem Themenbereich wurde an anderer Stelle dieser Serie ausgeführt (vgl. C.a., Mai 1985, S.313 ff., und August 1985, S.524 ff.).

#### 4.5.

##### Weitere Richtlinien

Ergänzend seien noch einige Maximen erwähnt, die sich die Reformer

selbst ins Stammbuch geschrieben haben.

Zentral für den weiteren Kurs ist danach erstens die Fortsetzung der Wirtschaftsstrukturreform, zweitens die Ausbildung von Fachleuten und drittens die vorrangige Entwicklung der Küstengebiete, in denen sich besonders schnelle Fortschritte erzielen lassen, so daß dann in einem späteren Stadium auch das Hinterland davon profitiert.

Die vom "Gutachten" empfohlenen Richtlinien für einen beschleunigten Aufbau lauten: Einfuhr von fortschrittlicher Technologie; Umstellung von militärischer auf zivile Produktion; Technologietransfer von der Küste ins Hinterland und schnellere Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Produktion.

##### Anmerkungen:

- 1) "Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten", Frankfurt/M. 1980, hrsg. von Reinhard Kaiser.
- 2) Referiert in Jingji Ribao, 26.10.85.
- 3) BRu 1986, Nr.1, S.4.
- 4) "Chinesische Wirtschaftsterminologie: Definitionen und Kompatibilitätsprobleme, Teil I", C.a., April 1983, S.235-241, 239.
- 5) Zur Berechnung des Nettoproduktionswerts vgl. ebenda, S.240.
- 6) BRu 1980, Nr.43, S.14-16.
- 7) S.23 f.
- 8) Ebenda, S.33 ff.
- 9) Ebenda, S.34.
- 10) Ebenda, S.37.
- 11) XNA, 14.11.85.
- 12) Global 2000, a.a.O., S.185.
- 13) Ebenda, S.294.
- 14) XNA, 7.11.85.
- 15) C.a., Juni 1985, Ü 39.
- 16) C.a., Mai 1984, Ü 36.
- 17) XNA, 4.12.84; C.a., Dezember 1984, Ü 47.
- 18) Guangming Ribao, 15.9.78.
- 19) Weitere Ausführungen zu diesem Thema in der vorliegenden Serie vgl. C.a., Oktober 1985, S.701 ff.
- 20) BRu 1986, Nr.1, S.39.
- 21) Vgl. C.a., Januar 1986, Ü 19.
- 22) BRu 1985, Nr.32, S.30.
- 23) Dazu systematisch mit Nachweisen Oskar Weggel, "Wissenschaft in China", Berlin 1985, S.62-122.
- 24) XNA, 21.11.85.
- 25) So z.B. Vaclav Smil, "The Bad Earth, Environmental Degradation in China", New York 1984.
- 26) XNA, 14.11.85.
- 27) Global 2000, S.338.
- 28) XNA, 24.1.85.
- 29) BRu 1984, Nr.25, S.18-21.
- 30) Global 2000, S.625.

- 31) Ebenda, S.786.
- 32) So Hu Yaobang, in C.a., Juni 1985, Ü 41.
- 33) XNA, 26.11.84; C.a., November 1984, Ü 35.
- 34) CiA, November 1985, S.30-34.
- 35) XNA, 11.11.85.
- 36) C.a., März 1985, Ü 36.
- 37) C.a., Mai 1985, Ü 36; C.a., September 1985, Ü 41.
- 38) XNA, 22.2.84; C.a., Februar 1984, Ü 35.
- 39) Im einzelnen C.a., Mai 1984, Ü 34; C.a., Dezember 1984, Ü 48; C.a., Januar 1985, Ü 38; C.a., Februar 1985, Ü 40 und 41; C.a., März 1985, Ü 34, 35 und 36.
- 40) C.a., November 1985, Ü 27.
- 41) RMRB, 9.6.84.
- 42) Näheres C.a., Januar 1985, Ü 46.
- 43) XNA in C.a., Dezember 1984, Ü 45.
- 44) XNA, 7.11.85.
- 45) XNA, 12.3.85.
- 46) XNA, 17.3.84; C.a., März 1984, Ü 37.
- 47) Näheres mit Nachweisen bei Oskar Weggel, "Das chinesische Außenhandelssystem im Umbruch", C.a., März 1985, S.159-183 (169 f.).
- 48) XNA, 16.11.84.
- 49) XNA, 24.5.85; C.a., Mai 1985, Ü 29.
- 50) RMRB, 14.3.84; C.a., März 1984, Ü 32.
- 51) GMRB, 16.12.84.
- 52) XNA, 29.11.84; C.a., Dezember 1984, Ü 49.
- 53) Näheres C.a., Oktober 1985, Ü 41.
- 54) C.a., September 1985, Ü 34.
- 55) Ebenda.
- 56) Weitere Angaben in C.a., Oktober 1985, Ü 43.
- 57) Näheres dazu C.a., Februar 1985, Ü 43.
- 58) Zu dieser Diskussion siehe C.a., November 1985, Ü 29.
- 59) Näheres dazu C.a., Januar 1984, Ü 30.
- 60) C.a., April 1984, Ü 36.
- 61) XNA, 4.11.85.
- 62) C.a., Mai 1985, Ü 33; C.a., August 1985, Ü 37.
- 63) C.a., April 1985, Ü 43 mit weiteren Angaben.
- 64) Einzelheiten dazu Oskar Weggel, "Wissenschaft in China. Der neue Mythos und die Probleme der Berufsbildung", Berlin 1985, S.102 ff.